Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

29.01.1932 (Nr. 24)

Visual Library

LZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 29. Januar 1932 • Nummer 24

Sie schwimmen im Gold

Berlin, 29. Jan. Nach dem Wochenbericht der Bank von Frankreich, ist der Kapitalzufluß nach Frankreich und die Rückkehr französischer Kapitalien aus dem Ausland beträchtlich gestiegen. Der Bericht erwähnt, daß der Goldbestand in Franken um 15 Milliarden gestiegen, die Golddeckung, die gesetzlich 35 v. H. betrage, von 53,03 v. H. auf 60,57 v. H. gestiegen sei.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp Nonp.-Zeile Rm 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Schlußabrechnung!

Adolf Hitler: „Keine Regierung hätte es schlechter machen können"

Handel um Hindenburg

Die NSDAP. hat in der Reichspräsidentenfrage die Schlüsselstellung zur ganzen zukünftigen Entwicklung in Deutschland, und aus dieser Stellung wird sie sich auf keinen Fall herausdrängen lassen. Das System, das mit seinem baldigen Sturz rechnen muß, versucht jetzt, nachdem die parlamentarische Schiebung um Hindenburg restlos gescheitert ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verteidigungslinie zu halten.

Der liberale Bürgermeister von Pleite-Berlin, Sahm, und Zeppelin-Eckener, der gewiß ein hervorragender Pionier der Luftfahrt ist, von dem wir aber politisch nichts wissen und erwarten können, die beiden bilden jetzt einen Ausschuß zur Hindenburgwahl.

Der größte Wunsch des Reichskanzlers ist es, noch einmal mit Hilfe der Verbrüderung der weichen Mitte mit der zu allem bereiten, klebenden Linksbonzokratie, die altbewährte schwarz-rote Diktatur über Deutschland zu verlängern. Und jetzt bemüht er sich sogar dabei noch um Herrn Goerdeler, der sich lieber eingehender mit dem Preisesenken abgeben sollte.

Es ist ein bittertrauriges Spiel, das hier um den Feldmarschall geführt wird, und wir möchten nur wünschen, ein großer Teil des Volkes wartet täglich darauf, daß der Sieger von Tannenberg der alte geblieben sein möge, und durch ein persönliches Eingreifen jetzt endlich Schluß mit dem jämmerlichen Kuhhandel macht!

Wenn heute gewisse Kreise geneigt sind, sich für die dunklen Geschäfte Brünings und der „Eisernen Front" benutzen zu lassen, so dokumentieren sie uns damit nur ihren eigentlichen Wert.

Die Brüning-Diktatur wird von der Mehrheit des Volkes abgelehnt, Adolf Hitler hat dem Kanzler offen erklärt, „keine Regierung hätte es schlechter machen können". Solange die Kuppelung Brüning-Hindenburg besteht, solange mit Hindenburg auch Brüning bleiben soll, solange denken wir nicht im geringsten an eine Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Und weil Brüning, zur größten Beunruhigung des Volkes, keine Anstalten macht, abzutreten, darum werden wir wählen und siegen, darum wird das Volk zeigen, daß der Nationalsozialismus das neue Antlitz der Inhalt Deutschlands ist.

Möchte man aber diese Wahl hintertreiben, so zitieren wir dazu das Goebbelswort, das er jetzt in Bremen aussprach:

„Verfassungsmäßig können die Wahlen nicht verschoben werden. Wer sie verschiebt, handelt illegal. Die Legalität steht dann bei der Opposition!"

Und davor wird man sich wohl hüten!

—quen.

Der Führer an den Kanzler

Die NSK. veröffentlicht einen umfangreichen Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler als Antwort auf dessen Brief an Hitler. Hitler widerspricht der Darstellung des Kanzlers, es sei beabsichtigt gewesen, die Amtsdauer des Reichspräsidenten im „Wege der Gesetzgebung" um eine gewisse Zeit zu verlängern. Richtig ist, daß der Reichstag die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf sieben Jahre, also auf die gesetzlich vorgeschriebene Amtsperiode habe verlängern sollen. Es sei unverständlich, wie der Kanzler der Ansicht sein könne, daß damit der verfassungsmäßig bestimmte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen werde. Wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen sollte, die Amtsdauer des Reichspräsidenten zu verlängern, dann dürfte genau so eine andere Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Die unausbleibliche Folge einer parlamentarischen Amtszeitverlängerung wäre eine unabsehbare Herabminderung des Ansehens und des Einflusses eines vom Parlament abhängig gewordnen Reichspräsidenten.

Der Führer geht dann auf die politischen Ausführungen des Kampfes ein und schreibt:

Zu ihren Auslassungen, Herr Reichskanzler, über die politischen Gründe, die mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung zwingen, bei aller Verehrung für die Person des Generalfeldmarschalls Ihren Versuch abzulehnen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Sie sehen in den Argumenten, die wir für unsere Ablehnung Ihres Vorschlages vorzubringen haben, eine unsachliche, aus rein parteipolitischen Interessen heraus bedingte Einstellung, während Sie zum Unterschiede davon für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, nach „vaterländischen" und ähnlichen Gesichtspunkten zu handeln. Herr Reichskanzler, darf ich mir dann die Frage erlauben:

Warum damals Marx statt Hindenburg?

Haben Sie vor 7 Jahren, als das Zentrum die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf das schlimmste bekämpfte, und dem Generalfeldmarschall eine wirklich alles andere als „geschichtliche Gestalt" als Gegenkandidaten entgegenstellte, damals Ihre Stimme Herrn Marx gegeben, ebenfalls aus vaterländischen Erwägungen oder aus parteipolitischen? Oder sollte Ihrer Meinung nach vor 7 Jahren das vaterländische Interesse gegen Hindenburg gesprochen haben und erst heute dafür?

Herr Reichskanzler, Sie haben die rein persönliche Auffassung, daß heute Ihr parlamentarischer Versuch eine nationalpolitisch notwendige Tat sei, und ich habe die Ueberzeugung, daß die nationalpolitisch wichtigste Handlung die Beseitigung des heutigen Systems ist.

Sie schreiben in Ihrem Briefe, daß Sie zur „Steuer der Wahrheit" meinen „Theorien" durch den Hinweis auf die **Tatsachen** entgegentreten müßten.

Herr Reichskanzler, ich habe Ihren Brief jetzt vielleicht schon ein Dutzendmal durchgelesen, **aber ich suche vergebens diese „Tatsachen"**, deren Anführung anscheinend wohl vergessen wurde. Sie sagen, daß Sie es vom „vaterländischen Standpunkt" aus auffällig finden, daß ich die Hauptursache der deutschen Not auf unsere parteipolitischen Verhältnisse zurückführe. Herr Reichskanzler! Fürst Bismarck, der doch fraglos auch einen vaterländischen Standpunkt einnahm, und gerade deshalb vom Zentrum angehaßt und auf das furchtbarste befehdet wurde, hat insbesonders, soweit es sich um die Parteien handelt, die Ihre tragenden Kräfte, Herr Reichskanzler, sind, die ganz gleichen Auffassungen über diese parteipolitischen Hauptursachen der deutschen Not gehabt.

Dann schreiben Sie — auch sehr wenig „tatsächlich" —, daß nach „fast allgemeiner Auffassung" ein „außenpolitischer Tatbestand" für unsere Not der Versailler Vertrag sei, mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der sowohl unsere deutsche Not, als auch die Weltnot verursache.

Wer war denn für Versailles?

Sehr richtig, Herr Reichskanzler! **Aber zu einem Versailler Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht die hinter Ihnen stehenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest akzeptiert und gedeckt hätten.** Nicht ich, Herr Reichskanzler, habe jemals im Versailler Vertrag eine mögliche Basis für das Leben unseres Volkes oder das Gedeihen der Wirtschaft gesehen. **aber die hinter Ihnen stehenden Parteien haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages seine Erfüllung zumindest als möglich vorgetäuscht. Derjenige, der als erster in Deutschland in unzähligen Massenversammlungen gegen diesen Vertrag Stellung nahm, war, um „geschichtlichen Verwechslungen vorzubeugen", ich, nicht Sie. Die unerbittliche Handhabung aber dieses Vertrages, die, wie Sie meinen, in den ersten fünf Jahren jeden deutschen Wiederaufbau zerstörte, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse „deutsche" Parteien zu jeder Erpressung Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten.**

Ich gehe daher nicht „an den außenpolitischen Verhältnissen vorbei", auch nicht an dem dadurch geschaffenen „Sachverhalt", sondern ich mache diejenigen verantwortlich, die durch ihr Wirken diese Verhältnisse entweder schufen oder zumindest begünstigten. So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden, müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.

Herr Reichskanzler! Sie reden von „sachkundigen Männern aller Länder" und versuchen diese gegen uns auszuspielen. Wollen Sie etwa auch die Gutachten jener „Sachverständigen" anführen, die erst den Dawespakt und dann den Young-Plan dem deutschen Volk aufgeschwätzt haben, indem sie segensreiche Wirkungen für uns und die übrige Welt aus diesen „Verträgen" voraussagten? Herr Reichskanzler, nicht Ihre Sachverständigen haben die Entwicklung richtig prophezeit, sondern wir. Ich bin jederzeit bereit, die „Gutachten" Ihrer „Sachverständigen" unseren damaligen Warnungen angesichts des ganzen deutschen Volkes gegenüberzustellen. **Selten wurden in einer für Deutschland furchtbareren Weise Gutachten von Regierungssachverständigen durch die Tatsachen widerlegt.** Die heutige Katastrophe, Herr Reichskanzler, haben wir seit Jahren vorhergesagt, dafür wurden wir von Ihnen und Ihren Parteien als „staatsgefährliche Phantasten" verschrien.

Die Geschichte gibt uns recht

Herr Reichskanzler! Sagen Sie aber, daß auch eine andere Reichsregierung auf Ihren Wegen weiter fortschreiten müßte, so billige ich Ihnen von Ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit einer solchen Einstellung zu: Wie jeder Feldherr, und mag er noch so viele Niederlagen erlitten haben, immer noch überzeugt sein wird, daß es ein anderer nicht hätte besser machen können. **Die Geschichte zeigt aber, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einer an sich verzweifelten Situation ein Herzog von Braunschweig die Armee führt oder ein Gneisenau.**

Endlich ermahnen Sie uns noch, zu bedenken, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen sind durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt.

Herr Reichskanzler! Gewiß gab es eine Zeit, da war es die Pflicht jedes anständigen Menschen, sich hinter die Wahrer der deutschen Interessen zu stellen, die damals auf dem Schlachtfelde verteidigt wurden. In dieser furchtbarsten Zeit haben aber jene Parteien, auf die Sie sich heute stützen, diese Lehre überhaupt nicht befolgt!

Heute handelt es sich nun darum, diesen Saboteuren der deutschen Widerstandskraft endlich die Seele der Nation aus höchstem „vaterländischem Interesse" zu entreißen.

Sie können von uns nicht erwarten, Herr Reichskanzler, daß wir etwa den Young-Plan decken, dessen Erfüllung Ihre Parteien als einen entscheidenden Fortschritt bejubelten, wir aber von Anfang an als Wahnsinn erkannten. **Sie können auch heute nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen Ja und Amen sagen wird, die nach aller menschlichen und geschichtlichen Erfahrung ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müssen.** Ich zweifle keinen Augenblick, Herr Reichskanzler, daß, wenn Friedrich der Große, Freiherr vom Stein oder Bismarck verdammt wären, **die Politik der letzten 13 Jahre als simple Staatsbürger zu verfolgen, sie nicht in Ihrem zentrümlich-demokratisch-marxistischen**

Volk und Wirtschaft

Nach uns die Sintflut!

Die Parole der Bonzenwirtschaft

Die von unseren schwarz-roten Zeitgenossen mit so viel Ehrfurcht bewunderte Leistung der Männer des heutigen Systems besteht bekanntlich darin, durch die Zerstörung des deutschen Wirtschaftslebens und den Ruin unserer Finanzen den Beweis erbracht zu haben, daß das deutsche Volk keine Tribute mehr zahlen kann. Triumphierend verkünden sie: Es ist so weit, und begreifen nicht einmal die Tragik, die in der erschütternden Feststellung liegt, die Ministerialdirektor Brecht im Reichsrat machte, daß auch ohne Reparationen Deutschland noch „phantastischen Schwierigkeiten" gegenüberstehe, das heißt mit dürren Worten, daß die zentrümlich-marxistische Erfüllungspolitik, sprich schwarz-rote Mißwirtschaft, Deutschland ruiniert hat — ohne ihr angebliches Ziel der Tributbefreiung erreicht zu haben. Es ist die Bankrott-Erklärung des Systems, dessen Kosten allerdings das deutsche Volk zu bezahlen hat. Man sollte meinen, daß es nun genug sei des grausamen Spiels und daß die Verantwortlichen für diesen grauenhaften Zusammenbruch unter Zurücklassung wenigstens der Konkursmasse vom Schauplatz ihrer unrühmlichen Tätigkeit verschwinden würden. Offensichtlich aber glauben insbesondere die Marxisten in Preußen auch im Konkurs noch ihr Schäfchen ins Trockene bringen zu können. Jedenfalls weiß die offenbar darüber gut informierte „Münchner Zeitung" über folgende sauberen Pläne zu berichten, für die sich die bereits bis aufs Hemd ausgezogene preußische Bevölkerung lebhaft interessieren dürfte:

„In Preußen hat man jetzt eine neue originelle Formel gefunden, das Defizit im neuen Etat unter Umständen ziffernmäßig nicht in Erscheinung treten zu lassen. Man trägt sich allen Ernstes mit der Absicht, in der Höhe des Defizits einen Posten auf die Einnahmeseite zu stellen „Eingang aus noch zu findenden neuen Steuern"! Wenn es sich hierbei zunächst auch nur um unverbindliche Pläne und Gedanken der Natlosigkeit handeln mag, so ist daraus vielleicht aber doch zu erkennen, daß die preußische Regierung Braun — der Ministerpräsident selbst weilt übrigens immer noch in Gastein — das politische Spiel in Preußen verloren gibt, nachdem es sich als unmöglich herausgestellt hat, die preußischen Wahlen zu vertagen. Schon der bloße Gedanke eines solchen Einnahmepostens im neuen Etat zeigt deutlich die Tendenz, den politischen Nachfolgern der Regierung Braun in Preußen vollkommen ungeordnete Verhältnisse zu hinterlassen, mit denen sich die neue Regierung dann abfinden mag, wie sie kann."

„Nach uns die Sintflut", das ist also die Parole der „Genossen!" Das preußische Volk aber wird ihnen — dessen sind wir gewiß —

am 8. Mai heimleuchten!

Jüdische Manöver gegen die deutsche Währung

Die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle zur Aufklärung der Devisenschiebungen.

Berlin, 27. Jan. Durch die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle zur Aufklärung der großen Devisenschiebungen des Londoner Bankhauses Singer und Friedländer (!) ist festgestellt worden, daß außer dem verhafteten Vertreter des Bankhauses, Dr. Gutherz (!) ein anderer jüdischer Bankier das gleiche Manöver für das Londoner Bankhaus verübt hat. Ein angeblicher Bankier Fritz Adler (!), der seinen ständigen Wohnsitz in Paris hat, habe sich, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, bis zum 15. Januar in Berlin aufgehalten und es verstanden, während seines Aufenthalts deutsche Schuldverschreibungen in der Höhe von 280 000 Mark zu veräußern. Es sei ihm gelungen, dieses Geld in bar zu erhalten. Adler sei offenbar geflüchtet. Der Zollfahndungsstelle sei es weiterhin gelungen, von der einen Million Mark, die Dr. Gutherz durch seine Schiebungen zum Schaden des Deutschen Reiches erbeutet hatte, den größten Teil wieder herbeizuschaffen. Bisher seien Werte in Höhe von dreiviertel Millionen Mark sichergestellt worden.

* * *

Friedländer, Gutherz und Adler — ein sauberes Kleeblatt!

24000 Mark Bonzengehalt

Wie gut es sich an einer SPD.-„Arbeiter"-Bank leben läßt!

Im Handelsregister des Amtsgerichts Mitte befindet sich das folgende Protokoll der Aufsichtsratsverwaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbank vom 30. Oktober 1931:

„Die Aufsichtsratssitzung fand im Bundeshaus des ADGB., Berlin, statt. Anwesend Backert, Bernhard, Falkenberg, Husemann, von Aufsichtsrat: Leipart, Aufhäuser, Ahrens, Kube, Emil Lehmann, Ludwig Marx, Naphtali, Rößler, Rupprecht, Schrader, Schumann, Schweinitz, Urban. Vom Vorstand Dr. Bachem, Dr. Davidson.

Dem Antrag des Finanzausschusses, den Prokuristen Steffens ab 1. Januar 1932 als stellvertretendes Vorstandsmitglied in den Vorstand zu wählen und sein Jahresgehalt auf 24000 Mark festzusetzen, wird zugestimmt.

Berlin, den 30. Oktober 1931.

gez. Leipart, Vorsitzender.
B. Schweinitz, Schriftführer."

Der sozialdemokratische Arbeiter bringt seine Spargroschen in seine Arbeiterbank und das Vorstandsmitglied erhält von diesem Gelde ein kümmerliches Jahresgehalt von nur 24000 Mark, das sind nur 2000 Mark im Monat!

Man müßte dieses Protokoll in allen nationalsozialistischen Versammlungen vorlesen, damit dem noch nicht aufgeklärten Arbeiter die Augen über seine Bonzen geöffnet werden.

Um die englisch-skandinavische Zollunion

Deutsche Interessen stehen auf dem Spiel.

Stockholm, 27. Jan. Die Stockholmer Abendpresse geht in Leitartikeln und groß aufgemachten Telegrammen auf den von englischer Regierungsseite vorgeschlagenen Plan einer englisch-skandinavischen Zollunion ein. Die Unterredung der Vertreter eines dänischen Blattes hierüber mit dem englischen Minister für öffentliche Arbeiten hatte, wird in der gesamten schwedischen Presse große Bedeutung zugemessen. Obwohl man sich darüber klar ist, daß die laufenden Handelsverträge — im besonderen mit Deutschland — vorläufig diesem Plan entgegenstehen, sprechen sich die Blätter sehr günstig für einen weitgehenden Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit England aus.

Eine Entscheidung ist allem Anschein noch nicht getroffen.

Offensichtlich benutzt England die Mißstimmung über den deutschen Buttezoll in den nordischen Ländern, um Skandinavien wirtschaftlich zu sich hinüberzuziehen.

Für Deutschland stehen außerordentlich wichtige Interessen auf dem Spiel. Die Länder, zwischen denen sich neben der Valutaverbundenheit nun auch eine zollpolitische Zusammenarbeit anzubahnen scheint, gehören zu den wichtigsten Abnehmern Deutschlands. **Auf diese Länder entfällt fast der gesamte deutsche Ausfuhrüberschuß.**

Gold- und Devisenverluste der Reichsbank

Berlin, 27. Jan. Im dritten Januarausweis der Reichsbank treten erneut Gold- und Devisenverluste von insgesamt 13,39 Millionen RM. zutage, die im wesentlichen aus Zahlungen aufgrund der Stillhaltevereinbarungen entstanden sind. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen hat sich dagegen weiter von 25,6 auf 26,4 Prozent gebessert, da die Kapitalanlage erneut zurückgegangen ist.

Deutsche, seht Euch vor!

In der Ausgabe der jüdischen „Frankfurter Zeitung" vom 22. 1. 32 war zu lesen, daß verschiedene der am deutschen Stillhalteabkommen beteiligten amerikanischen Banken bereit seien, ihre kurzfristigen Kredite gegen Aktien oder sonstige Beteiligungen bei den betreffenden Gesellschaften in Deutschland umzutauschen. Geschmückt war diese Meldung mit der Erklärung, daß die Maklerhäuser die Gelsendmachung von Nachfrage für Aktien und Obligationen in Reichswährung festgestellt hätten. Das neue Abkommen läßt in seiner Undurchsichtigkeit diese Möglichkeit durchaus offen.

Merkt Ihr was, Deutsche? Bargeld ist in Deutschland nicht mehr zu holen, also versucht man's halt auf eine andere Weise, das deutsche Volksvermögen zu schwächen. Damit es aber nur ja nicht augenfällig wird, stellt man das Angebot als ein freundliches Entgegenkommen hin. Seht, Ihr Deutsche, so sagen sie, wir wollen Eure Reichswährung anerkennen. Sie spielen sich also als unsere Gönner auf, wo nur als innerer Grund die Furcht vor der Ungewißheit über das Gesichertsein ihrer kurzfristigen Forderungen in Deutschland vorhanden ist. Daß aber nebenbei auch noch die Absicht damit verbunden ist, mit deutschen Effekten mal ein gutes Geschäft zu machen oder gar in der deutschen Industrie Fuß fassen zu können, versteht sich ganz von selbst.

Wie das aber immer so ist bei solchen Gelegenheiten, darf die „staatsbürgerliche" deutsche Börsenwelt bei der Unterstützung eines Angebotes von solcher „Hochherzigkeit" nicht zurückstehen. Beileibe nicht. Wer daher glaubt, daß sie das doch tun würde, der irrt sich. Nach dem bekannten Grundsatz: „Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler" haben diese Blüten der Nation die Gelegenheit, die langersehnte Börsen-Maschinerie wieder in Gang zu bringen, sofort erkannt und bereiten sich vor, das amerikanische Vorhaben auf ihre Weise kräftig zu unterstützen. Ihre „hochverehrte" Kundschaft auf die Ausblicke, Geld verdienen zu können, aufmerksam zu machen, war das erste, was sie unternahmen. Wer aber meint aus Nächstenliebe, der kennt sie nicht, die „Daltschen" Gönner.

Deutsche Volksgenossen! Werdet endlich klug! Die Pläne, die diese Leute vorhaben, sind zu durchsichtig, lauft ihnen nicht ins Garn. Eins ist gewiß: Schließt Ihr Euch den Volksverführern an, so stürzt Ihr eines Tages bestimmt ins Verderben. D.

Rückgang der Eisen- und Stahlerzeugung

Deutschland und England an der Spitze, Frankreich am günstigsten

Geht man von der Erfahrungstatsache aus, daß unter allen Produktionsziffern die Roheisen- und Rohstahlgewinnung als Konjunkturfaktor die erste Stelle beanspruchte, so gewinnt man aus den für das abgelaufene Jahr vorliegenden Daten einen sehr bezeichnenden Gradmesser für den akuten Charakter der gegenwärtigen Krise.

Die Weltproduktion an Roheisen, die im Jahre 1929 mit 98,5 Millionen Tonnen ihr Maximum erreichte, dann 1930 auf 79,9 Mill. Tonnen zurückging, wird pro 1931 (nach Angaben des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) auf 54,6 Millionen Tonnen geschätzt. Nicht minder stark ist der Rückgang bei der Rohstahlgewinnung, die für das soeben abgelaufene Jahr auf 70,2 Mill. Tonnen veranschlagt wird gegen 95,5 Mill. Tonnen vor einem und 122,0 Mill. Tonnen vor zwei Jahren.

Die Abnahme beträgt mithin für den zweijährigen Zeitraum 42,5 bzw. 44,7 Prozent.

Die ganze seit 1922 erreichte Zunahme wird dadurch mit einem Male ausgelöscht. Im letzten Vorkriegsjahre 1913 hatte die Weltproduktion an Roheisen 68,3 Mill. Tonnen und an Rohstahl 76,5 Mill. Tonnen betragen. Der Vergleich spricht eine deutliche Sprache.

Auch die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind interessant. Stellt man das Krisenjahr 1931 dem Jahr des Konjunkturumschwungs 1929 gegenüber, so zeigt ein einziges Land eine Zunahme, nämlich Rußland, dessen Roheisenproduktion um 5,5 Prozent und dessen Rohstahlproduktion um 8 Prozent gestiegen ist. Hier wie auch auf anderen Gebieten geht das vom kapitalistischen System losgelöste Sowjetreich seine eigenen Wege. Die prozentual stärkste Abnahme haben die Vereinigten Staaten, Deutschland und England aufzuweisen, die geringste Frankreich und Belgien. (Kriegsrüstungen!)

Der innige Zusammenhang des Eisen- und Stahlverbrauchs mit dem Baugewerbe, dem Eisenbahn- und dem Schiffbau und der Autoindustrie, aus dem sich die konjunkturelle Bedeutung der Produktionszahlen an Roheisen und Rohstahl ableitet, geht hieraus deutlich hervor; war doch Frankreich eines der wenigen Länder, die den Konjunkturumschwung verhältnismäßig spät und die Krise bisher relativ milde zu spüren bekamen. Interessant ist es auch, daß in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1931, da in weitem Umfang mit dem baldigen Ende der Krise gerechnet wurde, eine sehr starke Belebung der Eisen- und Stahlproduktion einsetzte, die weit über den normal erwarteten Umfang hinausging, um in der Folge, als nach dem Ausbruch der großen Kreditkrise alle Hoffnung auf Besserung schwand, einem um so stärkeren Rückgang Platz zu machen.

In Kürze

Am Montag abend fällte der Schlichterausschuß für die ostoberschlesische Eisenindustrie sowie für die weiterverarbeitende Industrie einen Schiedsspruch, demzufolge die jetzt geltenden Lohntarife bis 31. März 1932 verlängert werden.

Der Verein Hamburger Exporteure hielt am Montag nachmittag eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Demokrat Petersen erstattete einen Jahresbericht und erklärte u. a.: Hinter die Tributfrage träten für uns alle anderen an Bedeutung zurück, so auch die Frage der Aufrechterhaltung unserer Goldwährung. — Vor Tische las man's anders!

40prozentiger Rückgang der deutschen Zuckerindustrie

Nach dem Ergebnis der Januarumfrage der Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik der 579 (614) in diesem Jahr in Betrieb befindliche Rohzuckerfabriken angehören, beläuft sich die Rübenverarbeitung auf Zucker auf 24,955 Mill. Tonnen (39,639) das sind rund 37 Prozent weniger als im Vorjahre. Die Zuckererzeugung betrug 4,163 (6,256) Mill. Tonnen oder 33,59 Prozent weniger als im Vorjahr.

Von den deutschen Zuckerfabriken nahmen sämtliche 216 Fabriken, die in diesem Jahre Rüben auf Zucker verarbeiteten, an der Umfrage teil. Nach Mitteilung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie wird sich die deutsche Rübenverarbeitung in der Kampagne 1931-32 voraussichtlich auf 100,35 Mill. Doppelzentner (Kampagne 1930-31: 161,88 Mill. Doppelzentner) belaufen, was einer Verminderung um 27,82 Prozent entspricht. Die deutsche Zuckererzeugung (Rohzuckerwert) wird 1931-32 voraussichtlich 15,46 (25,28 Mill. Doppelzentner betragen, das sind 38,47 Prozent weniger, während der Verbrauchszuckerwert mit 18,91 (22,71) Mill. Doppelzentner angenommen wird.

Abwärts bei der Reichsbahn

15 v. H. Einnahme-Rückgang gegen 1930

Berlin, 27. Jan. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft tagte am 25. Januar in Berlin.

Der vorläufige Ueberblick über die Einnahmeentwicklung im Jahre 1931 ergibt mit 3,842 Milliarden Reichsmark einen Rückgang um 15,9 vom Hundert gegenüber 1930 und um 28,2 vom Hundert gegenüber 1929.

Mit dem endgültigen Abschluß für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmeentwicklung im Januar 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 248 Millionen Reichsmark ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, dem 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen Reichsmark (rund 24 vom Hundert) eingezahlt.

Ein Ueberblick über die Auswirkungen der im Dezember beschlossenen Ermäßigung des Gütertarifs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen Reichsmark läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt.

BMZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 29. Januar 1932 • Nummer 24

Sie schwimmen im Gold

Berlin, 29. Jan. Nach dem Wochenbericht der Bank von Frankreich, ist der Kapitalzufluß nach Frankreich und die Rückkehr französischer Kapitalien aus dem Ausland beträchtlich gestiegen. Der Bericht erwähnt, daß der Goldbestand in Franken um 15 Milliarden gestiegen, die Golddeckung, die gesetzlich 35 v. H. betrage, von 53,03 v. H. auf 60,57 v. H. gestiegen sei.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BMZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp Nonp.-Zeile Rm 0,25 auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Schlußabrechnung!

Adolf Hitler: „Keine Regierung hätte es schlechter machen können"

Handel um Hindenburg

Die NSDAP. hat in der Reichspräsidentenfrage die Schlüsselstellung zur ganzen zukünftigen Entwicklung in Deutschland, und aus dieser Stellung wird sie sich auf keinen Fall herausdrängen lassen. Das System, das mit seinem baldigen Sturz rechnen muß, versucht jetzt, nachdem die parlamentarische Schiebung um Hindenburg restlos gescheitert ist, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verteidigungslinie zu halten.

Der liberale Bürgermeister von Pleite-Berlin, Sahm, und Zeppelin-Eckener, der gewiß ein hervorragender Pionier der Luftfahrt ist, von dem wir aber politisch nichts wissen und erwarten können, die beiden bilden jetzt einen Ausschuß zur Hindenburgwahl.

Der größte Wunsch des Reichskanzlers ist es, noch einmal mit Hilfe der Verbrüderung der weichen Mitte mit der zu allem bereiten, klebenden Linksbonzokratie, die altbewährte schwarz-rote Diktatur über Deutschland zu verlängern. Und jetzt bemüht er sich sogar dabei noch um Herrn Goerdeler, der sich lieber eingehender mit dem Preisesenken abgeben sollte.

Es ist ein bittertrauriges Spiel, das hier um den Feldmarschall geführt wird, und wir möchten nur wünschen, ein großer Teil des Volkes wartet täglich darauf, daß der Sieger von Tannenberg der alte geblieben sein möge, und durch ein persönliches Eingreifen jetzt endlich Schluß mit dem jämmerlichen Kuhhandel macht!

Wenn heute gewisse Kreise geneigt sind, sich für die dunklen Geschäfte Brünings und der „Eisernen Front" benutzen zu lassen, so dokumentieren sie uns damit nur ihren eigentlichen Wert.

Die Brüning-Diktatur wird von der Mehrheit des Volkes abgelehnt, Adolf Hitler hat dem Kanzler offen erklärt, „keine Regierung hätte es schlechter machen können". Solange die Kuppelung Brüning-Hindenburg besteht, solange mit Hindenburg auch Brüning bleiben soll, solange denken wir nicht im geringsten an eine Wiederwahl des Reichspräsidenten.

Und weil Brüning, zur größten Beunruhigung des Volkes, keine Anstalten macht, abzutreten, darum werden wir wählen und siegen, darum wird das Volk zeigen, daß der Nationalsozialismus das neue Antlitz der Inhalt Deutschlands ist.

Möchte man aber diese Wahl hintertreiben, so zitieren wir dazu das Goebbelswort, das er jetzt in Bremen aussprach:

„Verfassungsmäßig können die Wahlen nicht verschoben werden. Wer sie verschiebt, handelt illegal. Die Legalität steht dann bei der Opposition!"

Und davor wird man sich wohl hüten!

—quen.

Der Führer an den Kanzler

Die NSK. veröffentlicht einen umfangreichen Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler als Antwort auf dessen Brief an Hitler. Hitler widerspricht der Darstellung des Kanzlers, es sei beabsichtigt gewesen, die Amtsdauer des Reichspräsidenten im „Wege der Gesetzgebung" um eine gewisse Zeit zu verlängern. Richtig ist, daß der Reichstag die Amtsdauer des Reichspräsidenten auf sieben Jahre, also auf die gesetzlich vorgeschriebene Amtsperiode habe verlängern sollen. Es sei unverständlich, wie der Kanzler der Ansicht sein könne, daß damit der verfassungsmäßig bestimmte Hergang der Wahl des Reichsoberhauptes nicht verlassen werde. Wenn eine Reichstagsmehrheit das Recht besitzen sollte, die Amtsdauer des Reichspräsidenten zu verlängern, dann dürfte genau so eine andere Mehrheit das Recht haben, sie abzukürzen. Die unausbleibliche Folge einer parlamentarischen Amtszeitverlängerung wäre eine unabsehbare Herabminderung des Ansehens und des Einflusses eines vom Parlament abhängig gewordenen Reichspräsidenten.

Der Führer geht dann auf die politischen Ausführungen des Kanzlers ein und schreibt:

Zu ihren Auslassungen, Herr Reichskanzler, über die politischen Gründe, die mich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung zwingen, bei aller Verehrung für die Person des Generalfeldmarschalls Ihren Versuch abzulehnen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Sie sehen in den Argumenten, die wir für unsere Ablehnung Ihres Vorschlages vorzubringen haben, eine unsachliche, aus rein parteipolitischen Interessen heraus bedingte Einstellung, während Sie zum Unterschiede davon für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, nach „vaterländischen" und ähnlichen Gesichtspunkten zu handeln. Herr Reichskanzler, darf ich mir dann die Frage erlauben:

Warum damals Marx statt Hindenburg?

Haben Sie vor 7 Jahren, als das Zentrum die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf das schlimmste bekämpfte, und dem Generalfeldmarschall eine wirklich alles andere als „geschichtliche Gestalt" als Gegenkandidaten entgegenstellte, damals Ihre Stimme Herrn Marx gegeben, ebenfalls aus vaterländischen Erwägungen oder aus parteipolitischen? Oder sollte Ihrer Meinung nach vor 7 Jahren das vaterländische Interesse gegen Hindenburg gesprochen haben und erst heute dafür?

Herr Reichskanzler, Sie haben die rein persönliche Auffassung, daß heute Ihr parlamentarischer Versuch eine nationalpolitisch notwendige Tat sei, und ich habe die Ueberzeugung, daß die nationalpolitisch wichtigste Handlung die Beseitigung des heutigen Systems ist.

Sie schreiben in Ihrem Briefe, daß Sie zur „Steuer der Wahrheit" meinen „Theorien" durch den Hinweis auf die **Tatsachen** entgegentreten müßten.

Herr Reichskanzler, ich habe Ihren Brief jetzt vielleicht schon ein Dutzendmal durchgelesen, **aber ich suche vergebens diese „Tatsachen"**, deren Anführung anscheinend wohl vergessen wurde. Sie sagen, daß Sie es vom „vaterländischen Standpunkt" aus auffällig finden, daß ich die Hauptursache der deutschen Not auf unsere parteipolitischen Verhältnisse zurückführe. Herr Reichskanzler! Fürst Bismarck, der doch fraglos auch einen vaterländischen Standpunkt einnahm, und gerade deshalb vom Zentrum angehaßt und auf das furchtbarste befehdet wurde, hat insbesonders, soweit es sich um die Parteien handelt, die Ihre tragenden Kräfte, Herr Reichskanzler, sind, die ganz gleichen Auffassungen über diese parteipolitischen Hauptursachen der deutschen Not gehabt.

Dann schreiben Sie — auch sehr wenig „tatsächlich" —, daß nach „fast allgemeiner Auffassung" ein „außenpolitischer Tatbestand" für unsere Not der Versailler Vertrag sei, mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der sowohl unsere deutsche Not, als auch die Weltnot verursache.

Wer war denn für Versailles?

Sehr richtig, Herr Reichskanzler! **Aber zu einem Versailler Vertrag wäre es nie gekommen, wenn nicht die hinter Ihnen stehenden Parteien des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie das alte Reich ausgehöhlt, zerstört und verraten hätten, wenn sie nicht die Revolution vorbereitet, durchgeführt oder zumindest akzeptiert und gedeckt hätten.** Nicht ich, Herr Reichskanzler, habe jemals im Versailler Vertrag eine mögliche Basis für das Leben unseres Volkes oder das Gedeihen der Wirtschaft gesehen, **aber die hinter Ihnen stehenden Parteien haben durch die Unterzeichnung dieses Vertrages seine Erfüllung zumindest als möglich vorgetäuscht. Derjenige, der als erster in Deutschland in unzähligen Massenversammlungen gegen diesen Vertrag Stellung nahm, war, um „geschichtlichen Verwechslungen vorzubeugen", ich, nicht Sie. Die unerbittliche Handhabung aber dieses Vertrages, die, wie Sie meinen, in den ersten fünf Jahren jeden deutschen Wiederaufbau zerstörte, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn nicht gewisse „deutsche" Parteien zu jeder Erpressung Schmach und Schande ihre Zustimmung gegeben hätten.**

Ich gehe daher nicht „an den außenpolitischen Verhältnissen vorbei", auch nicht an dem dadurch geschaffenen „Sachverhalt", sondern ich mache diejenigen verantwortlich, die durch ihr Wirken diese Verhältnisse entweder schufen oder zumindest begünstigten. So wie Bismarck einst die alte freisinnige Partei überwinden mußte, um Deutschland zu schmieden, müssen Ihre Parteien, Herr Reichskanzler, vernichtet werden, um Deutschland zu retten.

Herr Reichskanzler! Sie reden von „sachkundigen Männern aller Länder" und versuchen diese gegen uns auszuspielen. Wollen Sie etwa auch die Gutachten jener „Sachverständigen" anführen, die erst den Dawespakt und dann den Young-Plan dem deutschen Volk aufgeschwätzt haben, indem sie segensreiche Wirkungen für uns und die übrige Welt aus diesen „Verträgen" voraussagten? Herr Reichskanzler, nicht Ihre Sachverständigen haben die Entwicklung richtig prophezeit, sondern wir. Ich bin jederzeit bereit, die „Gutachten" Ihrer „Sachverständigen" unseren damaligen Warnungen angesichts des ganzen deutschen Volkes gegenüberzustellen. **Selten wurden in einer für Deutschland furchtbareren Weise Gutachten von Regierungssachverständigen durch die Tatsachen widerlegt.** Die heutige Katastrophe, Herr Reichskanzler, haben wir seit Jahren vorhergesagt, dafür wurden wir von Ihnen und Ihren Parteien als „staatsgefährliche Phantasten" verschrien.

Die Geschichte gibt uns recht

Herr Reichskanzler! Sagen Sie aber, daß auch eine andere Reichsregierung auf Ihren Wegen weiter fortschreiten müßte, so billige ich Ihnen von Ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit einer solchen Einstellung zu: Wie jeder Feldherr, und mag er noch so viele Niederlagen erlitten haben, immer noch überzeugt sein wird, daß es ein anderer nicht hätte besser machen können. **Die Geschichte zeigt aber, daß es doch ein Unterschied ist, ob in einer an sich verzweifelten Situation ein Herzog von Braunschweig die Armee führt oder ein Gneisenau.**

Endlich ermahnen Sie uns noch, zu bedenken, daß außenpolitische Erfolge nur zu erzielen sind durch die Geschlossenheit, mit der sich die Nation hinter ihre Unterhändler stellt.

Herr Reichskanzler! Gewiß gab es eine Zeit, da war es die Pflicht jedes anständigen Menschen, sich hinter die Wahrer der deutschen Interessen zu stellen, die damals auf dem Schlachtfelde verteidigt wurden. In dieser furchtbarsten Zeit haben aber jene Parteien, auf die Sie sich heute stützen, diese Lehre überhaupt nicht befolgt!

Heute handelt es sich nun darum, diesen Saboteuren der deutschen Widerstandskraft endlich die Seele der Nation aus höchstem „vaterländischem Interesse" zu entreißen.

Sie können von uns nicht erwarten, Herr Reichskanzler, daß wir etwa den Young-Plan decken, dessen Erfüllung Ihre Parteien als einen entscheidenden Fortschritt bejubelten, wir aber von Anfang an als Wahnsinn erkannten. **Sie können auch heute nicht erwarten, daß ein wirklich verantwortungsbewußter Deutscher zu Vorgängen Ja und Amen sagen wird, die nach aller menschlichen und geschichtlichen Erfahrung ein Volk nur in weiteres Unglück stürzen müssen.** Ich zweifle keinen Augenblick, Herr Reichskanzler, daß, wenn Friedrich der Große, Freiherr vom Stein oder Bismarck verdammt wären, die Politik der letzten 13 Jahre als simple Staatsbürger zu verfolgen, sie nicht in Ihrem zentrümlich-demokratisch-marxistischen

Verein stünden, sondern in der nationalen Opposition.

Statt Illusionspolitik, Vernunft und Mut

Ihnen, Herr Reichskanzler, schreibt das Gewissen den Weg vor, uns die Einsicht. Ihnen gibt Ihr Gewissen vielleicht noch Kraft, Ihren aussichtslosen Weg fortzusetzen, **uns aber beseelt der Wille, an Stelle der unterwürfigen Illusionspolitik und dem internationalen Schlagwort-Geflunker der letzten 13 Jahre Vernunft und Mut zu Regenten unseres deutschen Lebens zu erheben.**

Ich darf weiter mein Erstaunen darüber aussprechen, daß Sie, Herr Reichskanzler, nicht den Unterschied sehen wollen zwischen rein informatorischen Besprechungen, die Sie mit mir hatten, über die ich demgemäß auch schwieg, und einem Ansinnen, das die Partei als solche bestimmen sollte, eine parlamentarische Aktion mitzumachen in einer Zeit, in der in ganz Deutschland den Nationalsozialisten staatsbürgerliche Rechte brutal vorenthalten werden: **Denken Sie nur etwa daran, wie Preußen nationalsozialistische Beamte behandelt, denken Sie an die amtlichen Unterdrückungen, Verdächtigungen und Verfolgungen aller Art gegenüber dem Nationalsozialismus, denken Sie an die vielen hundert niedergeschlagenen ehrlichen Kämpfer meiner Bewegung; denken Sie daran, daß auch das Reich durch sein Verbot, Nationalsozialisten auch nur als einfache Werktarbeiter einzustellen, den Verfolgungsfeldzug gegen den Nationalsozialismus fördert!**

Daß Sie, Herr Reichskanzler, angesichts dieser Umstände mein Erstaunen, von Ihnen zu einer solchen parlamentarischen Aktion beigezogen zu werden, nicht begreifen wollen oder können, zeigt eben doch, wie grundverschieden Ihr Denken von dem meinen ist.

Herr Reichskanzler! Sie nehmen als gutes Recht den Glauben in Anspruch, daß es kein anderer hätte besser machen können als Sie. **Versagen Sie dann aber auch uns das Recht nicht, überzeugt zu sein, daß es keine Regierung hätte schlechter machen können als die Ihre.**

München, den 25. Januar 1932.
Braunes Haus

Adolf Hitler.

Wehe den Verantwortlichen

Am Dienstag abend fielen in der Wrangelstraße in Berlin etwa 25 rote Mordbanditen über fünf Hitlerjungen her. Der ganze Ueberfall spielte sich ähnlich ab, wie die Mordtat der Moskauer Fremdenlegionäre in Berlin-Moabit an dem Hitlerjungen Herbert Norkus.

In ihrem Lokal von Wolters in der Pücklerstraße 50 haben sich die roten Wegelagerer getroffen. Dort wurde das Herannahen der Hitlerjungen durch einen ausgestellten Beobachter gemeldet. Die Moskowiter stürzten aus dem Lokal und begannen auf die fünf Hitlerjungen einzuschlagen. Vier Jungen gelang es, zu entkommen, der fünfte, der 16jährige Heinz Krosse aus der Wrangelstraße 115, wurde von den Mordbanditen durch die Straße gejagt. Der Hitlerjunge versuchte in das Lokal von Ziegler in der Pücklerstraße 13 zu gelangen. Von hier wollte er telephonisch ein Ueberfallkommando herbeirufen. Der Wirt des Lokals verweigerte jedoch dem Jungen den Zutritt und lieferte ihn den roten Mordbanditen aus. Nun fielen die Kommunisten über ihn her, schlugen ihn zu Boden und schleppten den Bewußtlosen davon.

Inzwischen waren jedoch verschiedene SA.-Leute aus dem „Wiener Garten" benachrichtigt worden, die sich auf die Suche nach dem Verschleppten machten.

Heinz Krosse war bereits in einen Hausflur geschleppt worden, wo er, ähnlich wie Herbert Norkus, zusammengeschlagen wurde, um dann buchstäblich hingemetzelt zu werden. Nach einiger Zeit konnte er sich erheben und sich bis zur nächsten Straßenecke weiterschleppen, wo er besinnungslos zusammenbrach. Dort fanden ihn unsere SA.-Leute, die ihn in seine Wohnung brachten.

Der Hitlerjunge hat schwere Verletzungen davongetragen. U. a. haben ihm die Kommunisten fast sämtliche Schneidezähne herausgeschlagen.

Nach dem Hitler-Jungen Norkus versucht das rote Mordgesindel erneut, einen von den jüngsten Angehörigen der nationalsozialistischen Bewegung im Auftrage seiner jüdischen Führer zu ermorden. Erfolge der ungehinderten marxistischen Hetze und der wohlwollenden Unterstützung durch die Systempresse marxistischer und bürgerlicher Richtung! Welcher Staatsanwalt wird gegen den Wirt, der den verfolgten Jungen die Flucht abschnitt, Anklage erheben wegen Beihilfe zum Mordversuch? Wie lange noch wird man es wagen, den Verteidiger eines Systems zu machen, das nicht in der Lage ist, das Leben der Staatsbürger zu schützen?

Tumult in der Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, 28. Jan. In der Mittwochsitzung der Bürgerschaft ereigneten sich wieder zahlreiche Zwischenfälle. Besonders bei der Abstimmung über einen Antrag auf Aufhebung der Immunität zahlreicher kommunistischer Abgeordneter kam es zu einem großen Tumult. Die Sitzung wurde unterbrochen und der Aeltestenausschuß berufen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurden die Abstimmungen wiederholt, die gegen 2.30 Uhr beendet waren. Die Einstellung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten wurde mit 72 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 70 Stimmen der übrigen Parteien bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen.

Amtl. Wetterbericht

Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet hat weiter an Kraft verloren, sein Umfang ist aber unverändert. Der Kern ist auf 1040 Millibar (780 Millimeter) zurückgegangen und liegt über dem Alpenvorland. Das Druckgefälle hat nach Nord-Osten zu wieder etwas zugenommen, da das gestern über dem Nordmeer gelegene Tief über Lappland süd-ostwärts wandert. Seine Ausläufer sind bis nach dem Nord- und Ostseeküsten vorgeschoben, wo daher Temperaturen über den Gefrierpunkt gemessen sind. Sonst herrscht im Bereich des hohen Druckes meist mäßiger Frost.

Voraussage für den 30. Jan. Frische, böige West- bis Nordwestwinde wechselnd bewölkt, Schauer, Niederschläge um 0 Grad, Nachtfrost.

Aussichten für den 31. Jan. Bei mäßigen meist westlichen Winden bewölkt. Geringe Temperaturänderung.

Die Bank von Frankreich verlängert den Rediskontkredit der Reichsbank um einen Monat

Paris, 28. Jan. Der Verwaltungsrat der Bank von Frankreich hat am Donnerstag beschlossen, den 25-Millionen-Dollar-Rediskontkredit der Reichsbank um einen Monat zu verlängern, sofern die BJZ. und die übrigen beteiligten Zentralbanken ebenfalls zur Verlängerung ihrer Anteile bereit sind. Die französische Regierung soll dem Rat mitgeteilt haben, daß die vom politischen Standpunkt aus keinen Grund zu einer von den übrigen Zentralbanken abweichenden Haltung der Bank von Frankreich sehe.

Eine amtliche Mitteilung über die Sitzung ist vorläufig noch nicht veröffentlicht worden. Der Verwaltungsrat hat jedoch der Generalversammlung in vorsichtigen Wendungen mitgeteilt, daß die Umstände es bis heute nicht gestattet hätte, diese Kreditoperation zu liquidieren.

Wiener Universität bis auf weiteres geschlossen

Wien, 28. Jan. Die Wiener Universität und ihre Nebengebäude sind infolge von Zusammenstößen, die sich am Donnerstag bei Vorlesungen sozialdemokratischer Professoren zwischen deutschen und marxistischen Studenten ereigneten, bis auf weiteres geschlossen worden. Es kam zu Schlägereien, wobei der Führer der sozialistischen Studenten verletzt wurde. Der Rektor der Universität hat eine scharfe Kundgebung erlassen, in der die Vorfälle verurteilt werden und mit Relegationen gedroht wird, falls sich erneut Zusammenstöße ereignen sollten.

Zur Frage der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 29. Jan. Ueber die Absichten des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahm zur Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl verlautet, daß heute (Freitag) die Einladungsschreiben an eine Reihe prominenter Persönlichkeiten zu einer Zusammenkunft in Berlin herausgehen werden. Weiter verlautet, daß am Sonnabend die Zeitungen in einem Rundschreiben gebeten werden, Listen auszulegen, in die sich alle diejenigen einzeichnen sollen, die eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg wünschen. Weitere Einzelheiten sollen noch bekanntgegeben werden.

Polizei im „Angriff"-Gebäude

Berlin, 29. Jan. Mittwoch gegen 12.30 Uhr erschienen im Verlagsgebäude der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff" etwa 20 Kriminalbeamte und etwa die gleiche Anzahl Schutzpolizisten und veranstalteten eine Haussuchung, die sich auf sämtliche Räume des Verlages, der Schriftleitung und der Setzerei erstreckte. Es handelte sich um die Vollstreckung eines Haftbefehls, der vor einigen Tagen gegen ein Mitglied der Schriftleitung, Krause, wegen Nichterscheinens vor Gericht erlassen worden war. Die fast einstündige Durchsuchung des Hauses blieb ergebnislos.

Zu der polizeilichen Durchsuchung des „Angriff"-Gebäudes wird von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt, daß nach einer von dem Leiter der Polizeiaktion ausgestellten Bescheinigung der Haussuchung im Zusammenhang mit den kürzlichen blutigen Vorgängen in Reinickendorf-Ost erfolgt sei und allein den Zweck verfolgt habe, schriftliches Material über diese Dinge sicherzustellen. Die Haussuchung sei auch in dieser Beziehung ergebnislos verlaufen.

Rentabilität des Nichtstuns

Wie stellt sich die Reichsverfassung zur Arbeitsdienstpflicht und was sagt das Reichsarbeitsministerium dazu?

Verkehrte Vorzeichen

Ist die Einführung der Arbeitsdienstpflicht verfassungsändernd? — Das ist eine Frage, die einmal gestellt werden muß. Ist sie es nicht, so stünde nichts im Wege, daß die Regierung dem „Reichsverhängnis Arbeitslosigkeit" endlich mit einem größeren Mittel zu Leibe gehen könnte, nämlich mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Der Artikel 109 der Verfassung sagt:

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich."

Darnach könnte man den Sohn des Kommerzienrats so gut wie den Sohn des Arbeiters zum Arbeitsdienst heranziehen und zwar ohne daß ein Einjährig-Freiwilligendienst da wäre.

Im Artikel 132 heißt es:

Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Uebernahme ehrenamtlicher Tätigkeit."

Daß die Arbeitsdienstpflicht ein Ehrenamt und eine Ehrenpflicht für jeden Deutschen sein müßte, darüber braucht man nicht lange zu sprechen. Denn Arbeiten ist Ehrensache und Arbeiten für den Staat, für das Volk, das einem Leben und Wesen gegeben hat, ist doppelte Ehrenpflicht.

Der Artikel 133 der Verfassung unterstreicht aber noch einmal:

„Alle Staatsbürger sind verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten.

Dazu sagt Artikel 151:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern. Gesetzlicher Zwang ist nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls."

Wer will aber behaupten, daß die Ordnung des heutigen Wirtschaftslebens nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht mit der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle. Diese Ordnung ist durch die fünf Millionen Arbeitslosen sehr gründlich gestört und von einem menschenwürdigen Dasein dieser Millionen kann auch keine Rede mehr sein. Die Rechte dieser Millionen — mit Frauen und Kindern sind es an 20 Millionen — sind nicht nur bedroht, sondern überhaupt nicht mehr beachtet, und es ist eine überragende Forderung des Gemeinwohls, allen das Brot zu sichern. Denn es leidet kein Glied eines Körpers, ohne daß der ganze Körper leidet. Es wäre also gesetzlicher Zwang nicht nur zulässig, sondern es wäre eine Forderung, daß gesetzlicher Zwang nach Artikel 151 der Verfassung zum Wohle des Ganzen eingreift.

Dann sagte aber Artikel 163 noch weiter:

„Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert."

Wir glauben daran, daß Millionen von Deutschen dieser sittlichen Pflicht gerne nachkommen möchten, aber der Staat gebe ihnen doch endlich einmal die Möglichkeit dazu. Die sittliche Pflicht hat heute der Staat, dafür zu sorgen, daß jeder Deutsche seine Kräfte zum Wohle der Gesamtheit betätigen kann.

Aber dieser Staat von heute wird es nicht mehr können, wird es nicht mehr wollen trotz der Artikel der Verfassung, die er sich gesetzt hat. Sonst hätte nicht die Besprechung vom 12. Januar 1931 im Reichsarbeitsministerium diesen aufreigend kläglichen Ausgang genommen. Aber das ist kein Wunder, wenn man zu dieser Besprechung hauptsächlich nur die Verbände einlädt, die, wie die Gewerkschaften, von vorneherein auf dem ablehnenden Standpunkt stehen.

Ueber diese Behandlung einer Frage, die Tod oder Leben für uns bedeutet, hat man sich dann in der Oeffentlichkeit so aufgeregt, daß man es im Reichsarbeitsministerium für geraten fand, dieser ersten Besprechung eine zweite folgen zu lassen, an der auch Verbände vertreten sein durften, die für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht sind. Aber man lehnte dann wieder ab mit dem Bedenken, „daß Unruhe in die jetzige Lohngestaltung getragen werden könnte." —

Und weiterhin behauptete das Reichsarbeitsministerium, daß durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht die freie Wirtschaft von notwendigen Arbeitskräften entblößt wird. Das wäre also ungefähr das Gegenteil von der obigen Behauptung. Denn, wenn Arbeitskräfte fehlen, können die Löhne nur insofern beunruhigt werden, als sie nach oben gehen. Und das hat das Reichsarbeitsministerium doch nicht gemeint.

Aber die Furcht ist unbegründet, daß in Deutschland Arbeitskräfte fehlen werden. Auch bei guter Konjunktur werden wir noch eine bis zwei Millionen Arbeitslose behalten. Dafür haben diejenigen gesorgt, die mit ausländischem Gelde Maschinen gekauft haben, die den deutschen Arbeiter ersetzen. Nur mit dem Unterschied, daß, statt der Lohn in die Tasche des deutschen Arbeiters, der Zins für das geliehene Geld in die Tasche eines ausländischen Kapitalisten fließt.

Und wenn nun das Reichsarbeitsministerium noch außerdem behauptet, es sei unrentabel, die Arbeitslosen zu beschäftigen, so darf man sich schon die Gegenfrage erlauben, ob es rentabler ist, nichts zu tun? Diese Rentabilität des Nichtstuns müßte einmal erst vom Reichsarbeitsministerium bewiesen werden.

Aber was darf man nach dieser Stellungnahme von der heutigen Reichsregierung noch erwarten, um das Reichsverhängnis der Arbeitslosigkeit abzuwenden? Was helfen die schönen Artikel der Verfassung, wenn man von Regierungsseite auf dem Standpunkt der Rentabilität des Nichtstuns steht? Aber, wie lange will man noch und kann man noch zusehen, daß von oben nichts geschieht, um das Problem der Arbeitslosigkeit in großzügiger Weise anzupacken?

Man wird solange noch dem Verhängnis zusehen müssen, bis Deutschland wieder eine Regierung hat, die von der Rentabilität ihrer Arbeit überzeugt ist.

Wetterfest und doch zart zugleich und ohne die unschöne Röte kann die Haut sein, wenn die bekannte gute Creme Leodor verwendet wird. Rote Packung fettfrei — blaue Packung fetthaltig. Unter-Vortriegspreise.

Das Rätsel: „Was bringt Kaiser's Osterhase?"

— — ist gelöst. Betrachten Sie unsere Schaufenster! Sie sehen darin neben den guten billigen Kaiser's Erzeugnissen unsere Oster-Überraschung. Die Einlösung eines mit roten Marken gefüllten Sparbuches vor Ostern 1932 sichert Ihnen ausser unserem Rabatt von 5% diese Osterfreude.



Auf zu KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT 1500 FILIALEN

Wahnsinnskandidaten in Bremen?

Aufruf der „einzigen zuverlässigen bürgerlichen Partei". Die Ortsgruppe Bremen der deutschen Staatspartei hat ihrem Parteiwochenblatt „Deutscher Aufstieg" ein Rundschreiben beigefügt, das selbstverständlich nur an Systemtreue verschickt worden ist. Dies Schreiben ist von einer so wundervoll bezeichnenden Geistverblödung, wie wir sie der Staatspartei bisher wirklich doch nicht zugetraut haben. Wir möchten unseren Lesern dieses Kulturdokument, das von den Herren Dr. Dronke und Dr. Ehrich unterschrieben ist, auf keinen Fall vorenthalten. Da wir annehmen müssen, daß die Echtheit dieses Zirkulares angezweifelt werden könnte, haben wir es in unseren Geschäftsräumen ausgelegt, so daß jeder sich davon überzeugen kann, daß es sich hier nicht etwa um die geistigen Exkremente eines Entsprungenen oder schwachsinnigen Kindes handelt.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr!

Schenken Sie bitte dem umstehenden **Dokument** einige Augenblicke Aufmerksamkeit.

Die Hauptpunkte des **Nationalsozialistischen Aktionsprogramms**, das kürzlich in Hessen beschlagnahmt und dessen Echtheit gerichtlich bestätigt wurde, **finden** Sie nebenstehend verzeichnet.

Lesen Sie bitte dieses Programm der Nationalsozialisten mit der größten Aufmerksamkeit, enthält es doch Forderungen, die Sie sicher bei dieser Partei, die täglich um die Stimmen des deutschen Bürgertums wirbt, nicht vermuten.

Aufhebung des Privateigentums! Diese Forderung wird wörtlich von den Nationalsozialisten aufgestellt! Sie als Angehöriger des selbständigen Mittelstandes wissen am besten, was diese Forderung bedeutet, wollen Sie dazu beitragen, das Grab Ihres Standes mitzubereiten?

Die Brot- und Lebensmittelkarte, die **Zwangswirtschaft** unseligen Angedenkens soll wiederkommen. Sie haben sicher noch nicht vergessen, was das für Zeiten gerade für Ihren Stand, für Ihre Frau und Angehörigen waren. Wollen Sie mithelfen, das **„Dritte Reich Hitlers"** mit solchen „Errungenschaften" zu errichten?

Diese Fragen können Sie ehrlicherweise nur mit „nein" beantworten. Ein solches Drittes Reich würde nicht nur den Mittelstand vernichten, es würde **ganz Deutschland zu einem Chaos** machen!

Aber Fernbleiben allein genügt nicht. Nur eine wirkliche Kampfstellung aller Einsichtigen kann Deutschland vor diesem **„Nationalbolschewismus"** retten.

Es ist Ihre Pflicht gegenüber sich selbst und Ihren Angehörigen, die Partei zu stärken, die ohne schwächliche Kompromisse den Nationalsozialismus ablehnt. Ihr Beruf verbietet Ihnen, sozialistisch zu wählen, die **einzige zuverlässige bürgerliche Partei** im Kampf gegen den Wahnsinn des Nationalsozialismus, für Ordnung, Wiederaufbau und Freiheit ist die **Deutsche Staatspartei.**

Helfen Sie dieser Partei in Ihrem Kampf, Sie helfen damit sich selbst!

Werfen Sie das nebenstehende Schriftstück nicht fort, geben Sie es weiter an Freunde und Bekannte — Aufklärung tut not!

Wenn wir Sie überzeugt haben, bedienen Sie sich bitte des angehefteten Abschnittes.

Hochachtungsvoll

Deutsche Staatspartei Bremen

Damit unsere Leserschaft gleichzeitig etwas von der geistig-philosophisch vertiefenden Wirkung der staatsparteilichen Weltanschauung erfährt, geben wir ebenfalls das erwähnte Dokument nebst Aufruf zum zeichnen für den Kampffonds gegen den Nationalsozialismus wieder.

Auszug aus dem Boxheimer Dokument . . .

(Regierungsprogramm der Nationalsozialisten. Verfasser: Gauführer **Best**, jetzt nationalsoz. Vertreter Hessens im Staatsgerichtshof.)

„Jeder Anordnung der SA. (das ist die nationalsozialistische Militärorganisation) ist Folge zu leisten. **Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.**

Die von der Führung der SA. erlassenen Notverordnungen haben Gesetzeskraft. **Verstöße** dagegen werden **mit dem Tode bestraft.**

Alle Lebensmittel sind an die Beauftragten der SA **unentgeltlich abzuliefern. Jeder Verkauf** und jede tauschweise Veräußerung von Lebensmitteln ist **verboten.** Verstöße gegen diese Vorschriften werden bestraft mit Einziehung des gesamten Vermögens, daneben ist **Todesstrafe** zulässig.

Die **Ernährung der Bevölkerung** erfolgt durch **Massenspeisungen** und durch **Zuteilung von Lebensmitteln gegen Karten.**

Bis zu anderweitiger Regelung gibt es **kein Privateigentum mehr."**

So sieht das Dritte Reich aus:

Mord und Totschlag,

Brotkarte und Zwangswirtschaft,

Vernichtung jeden persönlichen Eigentums,

kurz, Bolschewismus und Chaos!

Unterzeichneter

a) zeichnet für den „Kampffonds gegen den Nationalsozialismus" . . . . . RM. Der Betrag wird auf Konto der Staatspartei Nr. 3822, Sparkasse Bremen, eingezahlt — soll durch die Post eingezogen werden — soll abgeholt werden (Nichtzutreffendes durchstreichen);

b) ersucht um Zusendung von . . . . Stück der beigedruckten nationalsozialistischen Veröffentlichungen;

c) erklärt seinen Beitritt zur Deutschen Staatspartei (Beitrag monatlich . . . . RM.).

Name: Beruf: Wohnung:

Bis vor kurzem haben wir angenommen, daß der größte Prozentsatz der geistig Minderbemittelten sich in der KPD. befindet, durch den Entwurf der Herren Dr. Dronke und Dr. Ehrich werden wir nun wohl oder überall eines Besseren belehrt. Darin, daß unsere frühere Ansicht falsch war, sind wir weiterhin bestärkt worden, als wir den Sonderdruck des deutschen Aufstiegs vom 3. Januar 1932 zu lesen bekamen, dem der geniale Ausspruch unseres Reichsfinanzministers Dietrich an die Vertreter des Mittestandkartells: „Jetzt kommt noch einmal eine Periode, wo der kleine Mittestand wieder zu seinem Recht kommt", zu Grunde gelegt ist. Dieses Flugblatt beschäftigt sich in bereits mehrmals erwähnt hochgeistiger Weise mit dem Nationalsozialismus. Es wird hier von einem bedenklosen Radikalismus gesprochen, dem sich „Verärgerte und Niedergedrückte", von „geschleuderten Schlagworten" angezogen, in die Arme werfen. Die jüdische Staatspartei strotzt voller Gelehrsamkeit, unter anderem will sie dem deutschen Staatsbürger klarmachen, daß auch in Politik und Wirtschaft „nur mit Wasser gekocht wird". Wir glauben, daß die deutsche Staatspartei die längste Zeit gekocht hat, mit oder ohne Wasser ist hierbei völlig gleichgültig und wenn sie als Parole 1932 die Losung ausgibt: Die weitere Aufgabe liegt darin, daß der schaffende Mittelstand mit eigener Kraft versuchen muß, die verlorengegangene Position zurückzugewinnen, die ihm den notwendigen politischen und wirtschaftlichen Einfluß unbedingt sichert, gehen wir wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Deutsche Staatspartei unter Führung von den Herren Dr. Dronke und Dr. Ehrich am Jahresende das zuverlässigste Bollwerk gegen radikalisierende Tendenzen nach links oder rechts vorstellt. Indem sie sich nämlich bereits vorher zersetzt hat und somit darin übergegangen ist, wohin ihre jüdischen Freunde ihr schon vorausgeeilt sind, — in die KPD. Wir hoffen, daß der Mutterboden einer in sich gefunden und gefestigten Demokratie insbesondere unseren Bremer Freunden voll zugute kommen möge. Sollte auch das nichts helfen, so würden wir eine Heilanstalt, in der mit kaltem Wasser gekocht wird, zur Erholung vorschlagen.

Stader Schöffengericht lehnt Verbot unserer Uniform ab

Stade, 29. Jan. In einer Schöffengerichtsverhandlung stellte das Gericht fest, daß das Verbot des Oberpräsidenten von Hannover, Noske, betr. Hitler-Uniformen, gesetzlich nicht zulässig sei und sprach daher ein Mitglied der NSDAP. frei, das angeklagt war, eine Hitler-Uniform getragen zu haben. In der Begründung sagte das Gericht, daß sich das Verbot nur gegen einen Teil der Staatsbürger richte und daher nach der Verfassung, nach der alle Deutschen vor Gericht gleich sind, ungesetzlich sei. Bekanntlich hat auch das Verdener Schöffengericht in diesem Sinne vor kurzem entschieden.

Sie werden nervös

Magdeburg, 29. Jan. Die Polizei hatte Kenntnis von dem geheimen Aufbau einer verbotenen Fernmeldeanlage bei den Nationalsozialisten erhalten. Bei einer am Mittwoch bei dem nationalsozialistischen Sturmführer, dem Mechaniker Jolecк-Magdeburg, vorgenommenen Durchsuchung wurden Jolecк und der in Neuhaldensleben wohnhafte Elektriker Kurt Meishausen, der ebenfalls der NSDAP. angehört, beim Erproben der Apparate betroffen. Jolecк hatte in der vorhergehenden Nacht gegen Morgen mit einem Personenkraftwagen die Apparate aus Neuhaldensleben abgeholt. Die Geräte, die eine vollständige Empfangs- und Sendefunkanlage darstellen, sind polizeilich gesichert. Gegen die Beteiligten ist ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen eingeleitet worden.

Max Reinhardt

Die Nachricht, daß es Max Reinhardts Theatern schlecht, sehr schlecht geht, erregt bei manchen Leuten namentlich bei den Auserwählten, Verwunderung. Und doch ist es eigentlich selbstverständlich. Max Reinhardt ist der Zauberer der Unkultur, die wir mit aller Kraft zu überwinden trachten. Seine Inszenierungen sind sinnbetörend, nicht sinngemäß. Die Keimzelle seiner Leistungen ist nicht das ethische Streben, dem Kunstwerk zu dienen, sondern der Wunsch des Parasiten, das Kunstwerk auszubeuten und mit ihm irgendwie ein Geschäft zu machen, durch Sensation, Bluff, Massenwirkung usw.

Wir wollen nur zwei Beispiele bringen: Die jüngst von Reinhardt für die Berliner Festspiele erfundene Operette „Die Fledermaus", ehemals von Johann Strauß! Sie ist völlig umgemodelt worden. Carl Roeßler und Marcellus Schiffer haben den Originaltext in übelster Weise verballhornt. U. a. erscheint Prinz Orlowsky als junger, geistig stark verkümmerter Offizier (!!) wohl aus rationellen Gründen. Strauß' Musik reichte für Herrn Reinhardts Ansprüche nicht aus. Sie wurde erweitert, verbessert und verwässert, wenn wir recht unterrichtet sind durch Erich Wolfgang Korngold. Und um noch einen besonderen Knalleffekt zu haben, mußte die Rolle des Eisenstein diesmal nicht mit einem Sänger, sondern mit einem Schauspieler, Herrn Thimig, besetzt werden, der natürlich nicht singen kann und ihm zuliebe sind, Gott weiß wie viele Noten unter den Tisch gefallen. Ueber Reinhardts dreiste jüdische Verstümmelung einer an sich entzückenden Kleinkunst wurde der Zaubermantel einer gleißenden Prachtentfaltung geworfen, mit einer Verschwendung in den Mitteln, die sich kaum ein reiches, niemals ein verarmtes Volk leisten kann.

Das zweite Beispiel: Jüngst hat Reinhardt in eine Aufführung von Hoffmanns Erzählung 250 000 Mark gesteckt. Es wird jedem Menschen einleuchten, daß man eine derart phantastische Summe aus den Aufführungen nicht wieder herausholen kann. Dabei ist „Hoffmanns Erzählungen" nicht das Werk, das eine so teure Ausstattung zu beanspruchen berechtigt wäre. Aber auch Stücke, die einen größeren Aufwand erfordern, dürfen gerade heute derartige Summen nicht verschlingen. Für 250 000 Mark hätte man eine ganze Reihe deutscher Meisterwerke inszenieren können.

Wundert man sich wirklich, wenn bei derartigen Experimenten die Theater zugrunde gehen? Unsere durch Not und Entbehrungen gequälte Generation wünscht kein äußeres Blendwerk. Wir wollen den inneren Kern des Kunstwerks sehen und verlangen, daß der Regisseur die Grundideen der Werke erfaßt und sie klar herausarbeitet. Max Reinhardt wird die Werke immer nur von außen betrachten und niemals bis zu ihren Tiefen dringen. Wir begrüßen es daher aufrichtig, wenn das Ende Max Reinhardts und seiner Schüler aufdämmert.

M. C.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. V. Gunter d'Alquen; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Rotationsdruck: Karl Bockelmann, Bremen.

Indische Hindus im Stadttheater

Indische Hindus im Stadttheater

Die klassische indische Musik hat nie abgeschlossene, unveränderliche Kompositionen gebildet, wie die Musik des Abendlandes. Die unzähligen Rags, die ihr Erbe ausmachen, **sind bloße Leitmotive, Themen, welche — streng an Tages- und Jahreszeiten gebunden — die Essenz eines entsprechenden Seelenzustandes enthalten.** Sie unterscheiden sich von einander nach Art und Geschlecht, Charakter und Farbe und werden als lebende Personen mit Seele und Schicksal gedacht und in Gedichten, Legenden und in der Malerei als solche symbolisch dargestellt. Wenn der Musiker einen Rag spielt, versenkt er sich zunächst präludierend in dessen Gefühlswelt, um ihn dann seiner Inspiration folgend zu variieren, zu entwickeln und fugenmäßig auszubauen. Die Schönheit eines Musikstückes wird daher fast ausschließlich von der Erfindungsgabe und dem Gefühlsreichtum des Spielenden abhängig sein. Seine Gestaltung ist frei, muß sich aber an bestimmte Kompositionsgesetze, an die ursprüngliche Tonalität an den Charakter seines Rags halten. Jeder Musiker von einiger Bedeutung hat seine eigene Methode, sein Geheimnis des Improvisierens, das er niemanden, außer etwa einem auserwählten Schüler mitteilt. In der klassischen indischen Musik wird die Melodie meist durch die Saiteninstrumente, eine Flöte oder eine Singstimme geführt, und die Begleitung geschieht durch Milang oder Tabla Banya, Trommeln, welche selber dumpfe Tonleitern enthalten und mit den Fingern und Handflächen gespielt werden. Sie folgen erst unmittelbar der Melodie, unterstreichen sie, lösen sich dann von ihr, ebenfalls improvisierend, bearbeiten sie in Kontrapunktbewegungen und bei jedem Som (Ende einer Periode, Höhepunkt und unmerklicher Halt vor Wiederaufnahme der Melodie) wieder in sie einzufallen. Dies führt zu einer sehr intrikatenreichen kunstvollen Polyrhythmie.

Das indische Orchester enthält übrigens eine große Anzahl and rer Trommeln aus Metall, aus Holz, aus gebranntem Ton, von den verschiedensten, ungeahntesten Klangfarben und Nuancen. Die Saiteninstrumente scheinen der Prototyp unserer alten Violen zu sein, unserer Guitarren und Mandolinen. Sie haben außer den Saiten, die gestrichen oder gezupft werden, zahlreiche andere, welche nur zur Vibration dienen.

Die indischen Instrumente sind uralt, sie haben sich im Laufe der Jahrtausende kaum verändert und manche — die auf den ältesten Skulpturen dargestellt und in den Veden schon genannt werden — sind noch heute im Gebrauch.

Das Orchester Shan-Kar's enthält 56 verschiedene Arten von Instrumenten, die allein oder in verschiedenen Zusammenstellungen gespielt werden, je nach dem Charakter der Musik und der Tänze.

Die Tänze Shan-Kar's stammen aus verschiedenen Quellen. Es gibt da Volkstänze, naiv und schelmisch, traditionelle Tänze in Erinnerung an heimische Gottheiten, wie jener, der die Liebe Krishna's und Radha's feiert, lyrische und kontemplative Tänze, die durch eine ganz besondere rhythmische Intuition metaphysische Anschauungen des indischen Volkes offenbaren, wie die Tänze Jydra's und Gandharva's. Es gibt da auch Tänze, wie der große „Tandava Nrittya", deren Ursprung sich in der Nacht der Zeiten verliert, in welchen sich ein ganzes Drama in symbolischen Gesten (Mudras) abspielt. Diese Bewegungssprache ist von den brahmanischen Völkern zu einer Nuancierung und Vollendung entwickelt worden, die ans Wunderbare grenzt. (Siehe Anzeige.)

Mit Auto und Zelt durch Afrika

Als ich in den Jahren 1930 und 1931 unsere alte Kolonie Deutsch-Ostafrika in all ihren Gebieten durchquerte und dort die Aufnahmen für meinen Afrikafilm: „Mit Auto und Zelt durch Afrika", drehte, beabsichtigte ich damit ganz besonders, den deutschen Landsleuten daheim, im Filmbilde einen ungeschminkten und absolut wahrheitsgetreuen Bericht darüber mitbringen zu können, wie unsere einstmals reichste und schönste Kolonie heute in Wirklichkeit aussieht.

Allein von meiner Frau und fünf treuen Eingeborenen begleitet, führte ich diese Expedition erfolgreich durch. Dabei kam mir die auch heute noch große Deutschfreundlichkeit der Eingeborenen sehr zu statten. Wo auch immer in menschenferner Steppe, im Urwald oder einsamer Hochebene die schwarzweißrote Fahne vom First unseres Zeltes wehte, überall kamen Häuptlinge und Eingeborene aus der Umgegend zu uns, erzählten uns von der „deutschen Zeit", vom Heldenkampf Lettow-Vorbecks kleiner Askaritruppe gegen ungeheure gegnerische Uebermacht, fragten, ob nicht bald die Deutschen wiederkämen, boten uns ihre Dienste an, halfen uns bei der Lebensmittelbeschaffung und suchten sich in jeder Weise nützlich zu machen. Einen großen Teil der gut gelungenen Tieraufnahmen habe ich der Anhänglichkeit und Mitarbeit dieser treuen Neger zu danken. Ein alter deutscher Askari war es, der uns in entlegenstem Busch so glücklich an Nashörner brachte, daß ich in einer Viertelstunde nicht weniger als sieben dieser seltenen Dickhäuter filmen konnte. Neger waren es, die uns den Horstbaum der Marabus zeigten und dadurch mithalfen zu den Aufnahmen, die in meinem Film das Leben dieser Riesenvögel veranschaulichen. Sogar bei den sonst so europäerfeindlichen Masaikriegern wurden wir Deutsche freundlich aufgenommen und konnten unter Führung des Oberhäuptlings Aufnahmen von den Sitten und Gebräuchen dieses ganz rein und naturwahr erhaltenen Stammes machen, die vorher kaum je einem Europäer zugänglich gewesen sind. Auf den uns von früher bekannten Pflanzungen, die heute wieder zum größten Teil in deutschem Besitz sind, wurden wir überall gastfreundlich aufgenommen und auch dort half man uns bereitwillig dazu, Aufnahmen herzustellen, die das Leben unserer Landsleute im fernen Afrika wahrheitsgetreu schildern.

Nicht unerwähnt soll es schließlich bleiben, daß uns von seiten der englischen Mandatsregierung keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Im Gegenteil, wo wir in seltenen Fällen einmal der Unterstützung der englischen Beamten bedurften, ist sie uns immer entgegenkommend zu Teil geworden.

So ist denn aus der Arbeit vieler Monate ein Filmbericht entstanden, der Menschen, Tierleben und Landschaft unseres schönen Deutsch-Ostafrika ohne alle Sensationsmache oder Parteilichkeit wiedergibt, und der daneben dem Beschauer einen Begriff davon geben soll, wie Afrika wirklich ist.

So wird der Friede gesichert

Die Vorbereitungen der Staaten zur Abrüstungskonferenz sind ganz verschieden. In Deutschland legte der Reichswehrminister die Forderungen öffentlich dar, was in West und Ost große Aufregung verursachte — Aufregung in den Spalten der Presse. Die deutsche Presse ist ungewohnt einheitlich, — bis auf die abgestempelten Verräter natürlich — und wir wären genötigt, sogar der Ullstein-Presse einschließlich der „Berliner Illustrirten" für ihre deutschfreundliche Haltung unsere Anerkennung zu sagen, wüßten wir nicht, wie teuer das die Regierung bezahlen muß. Im ganzen freilich sind wir aus den Jahren der papierenen Proteste noch nicht heraus.

Inzwischen handeln die andern. Die anderen, das ist in erster Linie Frankreich. Frankreichs Freundschaft zu England ist kühl, zu Italien noch kühler; es sitzt zwischen seinen Bajonnetten auf den Goldfässern und fühlt mit Unbehagen, daß es sich immer mehr isoliert; seine Vorkriegsstärke, die im weitverzweigten Bündnissystem lag, ist geschwunden; die schwere Bewaffnung allein wiegt das nicht auf; so fingern die Pariser Advokaten im Osten ein neues System zurecht.

Wir haben nun den Nichtangriffspakt Rußland-Polen. Der Nichtangriffspakt Rußland-Rumänien soll folgen. Krönen soll dies Werk der Nichtangriffspakt Rußland-Frankreich. Damit, so hofft man in Paris, sei die Grundlage für Späteres geschaffen.

Nichtangriffspakte sind nun keine oder doch nur eine zeitlich beschränkte Grundlage. In der Außenpolitik Frankreichs und Deutschlands wird Rußland immer sehr schwer wiegen, und Frankreich würde um Rußland schon heute sehr viel stärker werben, hätte es das militärische Vertrauen zu ihm, daß es zum Rußland des Vorkrieges hatte. Solange das nicht der Fall ist, braucht Frankreich Polen und Rumänien. Nachher . . .

Die polnisch-russische Grenze und die polnisch-russischen Beziehungen sind von geringer Haltbarkeit, trotz des Nichtangriffspaktes. Zwischen Rußland und Rumänien liegt Bessarabien, das heute rumänisch ist. Das alles wird so lange halten, bis Rußland sich aufgebaut hat.

Den Franzosen ist der polnische Sperling in der Hand durchaus lieb, aber sie lehnen darum die russische Taube auf dem Dache nicht ab. So verlangen sie, daß vor dem französisch-russischen Pakt die Pakte ihrer jetzigen Verbündeten abgeschlossen sind. Das ist die Lage von heute. In zehn Jahren wird die Entscheidung Frankreichs zwischen seinen heutigen Verbündeten und Rußland neu treffen wollen, und Maruschka polnisches wird dann vielleicht sehr weinen.

Es könnte freilich auch sein, daß Deutschland inzwischen mit den papiernen Protesten Schluß macht und eine Außenpolitik zu treiben beginnt, die auf den Frieden und die Sicherheit Deutschlands gerichtet ist.

Krabok.

Wirtschaftler Brüning

Im wirtschaftlichen Teil seines Briefes erweist sich Dr. Brüning als guter Beobachter, aber als schlechter Politiker. Er hält Hitler die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft entgegen und behauptet, daß diese und nicht die Politik des Systems für die Wirtschaftskrise verantwortlich seien. Der Reichskanzler vergißt dabei, daß es gerade Aufgabe der Politik ist, die Zerstörungswirkungen, die zweifellos von Versailles und von den Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft ausgegangen sind und noch ausgehen, nicht zur Auswirkung auf das wirtschaftliche Dasein des deutschen Volkes kommen zu lassen. Dem von Herrn Brüning vertretenen und verteidigten System werfen wir vor, daß es bei dieser Aufgabe, beim Einsatz von Kräften, die gegen Versailles und gegen die Zerstörungsfaktoren der Weltwirtschaft wirken, versagt hat. Es ist überflüssig alle außenpolitischen Sünden der Vergangenheit, die sich wiederholen, Herr Brüning sollte als Politiker selbst wissen, mit welch ungenügender Ausrüstung Deutschland durch seine Schuld in den Endkampf um die Reparationen eintritt.

Und wie ist der Politiker Brüning den Erkenntnissen des Theoretikers Brüning bezüglich der Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft gefolgt? Der Reichskanzler hat seinem Volke eine Notverordnung zugemutet, deren Opfer ausschließlich mit der Notwendigkeit einer Enthaltung bzw. Steigerung des deutschen Exports verteidigt werden. Wo bleibt hier die Strukturwandlung in der Weltwirtschaft? Gerade wir Nationalsozialisten haben politisch im Gegensatz zur Regierung Brüning den wirtschaftlichen Tatsachen die der Theoretiker Brüning schildert, Rechnung getragen Weil die Absatzmöglichkeiten für deutsche Industrieprodukte auf dem Weltmarkt gesunken sind, treten wir für den Aufbau des Binnenmarktes ein, während Herr Brüning, trotz seiner besseren Erkenntnis praktisch dem Phantom Weltwirtschaft nachläuft und dabei den Weltmarkt wie den Binnenmarkt verspielt. Daß diese Wirtschaftspolitik, welche den zerstörenden Wirkungen von Versailles und den Strukturwandlungen in der Wirtschaft gestaltend gegenübertreten will, heute „Parteisache", d. h. Sache des Nationalsozialismus, geworden ist, ist nicht unsere Schuld, sondern die unserer politischen Gegner, welche sich weigern, sich zu einer neuen Erkenntnis der Wirklichkeit und von dieser Erkenntnis zu ei neuen Politik durchzuringen.

Stahlhelm berichtigt

Halle, 29. Jan. Der zweite Bundesführ des Stahlhelm, Oberstleutnant a. D. Düst berg, berichtigt in einer öffentlichen Erk rung im „Völkischen Beobachter" vom 24. Januar. Dort war unter der Ueberschr „Der Mann ohne Rechte" gesagt worde Düsterberg hätte erklärt, „daß, wenn B Brüning bei seinem „Nein" in der Fra der Tribute bleibe, das ganze nationa Deutschland sich hinter ihn stellen würde".

Wie Oberstleutnant Düsterberg ausfüh hat er damals erklärt: Wenn der Reichskan ler das „Nein" ausspricht, dann würde en lich der erste Schritt zu einer erfolgreich Außenpolitik getan sein. Hinter dies „Nein" würde sich die gesamte Nation stell müssen". Er habe also eine „Nein-Fron der gesamten Nation gefordert, nicht ab etwa verlangt, daß sich das ganze Volk hint die Person des jetzt amtierenden Reich kanzlers stellen solle.

Rundfunk-Programm

Freitag, den 29. Januar 1932

13.15 Wetterdienst. 13.20 Schallplatte konzert. 14 Eisbericht. 15.05 Börsenfun 15.35 Schiffahrtsfunk. 16 Zweckmäßige Ga lichkeit im Landhaushalt. 16.05 Vom We der Schriftdeutung. 16.30 Ein großes un ein kleines Ungeheuer. 16.50 Tänze un Märsche aus Operetten. 18.35 Stunde d Werktätigen. 18.55 Es sprechen die Teilne mer der Wegener-Expedition. 19.25 Wette dienst. 19.30 Karl Köttger. 20 Völkerscha 22 Nachrichtendienst. 22.20 Aktueller Dien 22.30 Strauß-Konzert. 23.20 Eisbericht.

Amtliche Bekanntmachungen

Freibankfleisch: Freitag, 29. Januar, 10—12 Uhr, gelbe Karten, 3401—3600, Pfund 20—40 Rpf.

Bürgersteuer der Lohnempfänger.

An die rechtzeitige Abführung der **vom Arbeitgeber einzubehaltenen** ersten Rate der Bürgersteuer **seiner Arbeitnehmer** wird erinnert. Die Einzahlungstermine, der Bürgersteuerbetrag und die Befreiungsvorschriften sind auf Seite 4 der Steuerkarte des Arbeitnehmers ersichtlich. Der Arbeitgeber haftet für die richtige und rechtzeitige Einbehaltung und Abführung. Wenn der Arbeitgeber an einem Zahltage von seinen Arbeitnehmern insgesamt weniger als 3 RM. einzubehalten hat, braucht er die Bürgersteuer erst dann an das Finanzamt abzuführen, nachdem in der Folgezeit die einbehaltenen Beträge mindestens 3 RM. erreicht haben.

Soweit hiernach der Arbeitgeber zur Einbehaltung und Abführung der Bürgersteuer verpflichtet ist, aber **nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist** von einer Woche nach der aus Vorstehendem sich ergebenden Fälligkeit an das Finanzamt **abführt**, so hat er dies bis zum Ablauf der Frist dem für ihn (Arbeitgeber) zuständigen Finanzamt **anzuzeigen**.

Wenn der Arbeitgeber innerhalb der Frist weder die Steuer abführt noch die Anzeige erstattet, so wird er wegen Steuerhinterziehung nach den Strafvorschriften der Reichsabgabenordnung **bestraft**. Vorschriften, nach denen sonstige Säumnisfolgen eintreten, bleiben unberührt.

27. 1. 1932. **Der Präsident des Landesfinanzamts Unterweser.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

Zwangsversteigerungen.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die folgenden in Bremen belegenen Grundstücke, deren genannte Eigentümer z. Zt. der Eintragung des Versteigerungsvermerks eingetragen waren, **Dienstag, den 15. März 1932, vormittags 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht im Gerichtshause, Zimmer Nr. 171, versteigert werden:

1) Vorstadt R 5, Blatt 332, **Hemmstraße Nr. 119 A und Falkenbergerstraße Nr. 71, des Eisenbahnbetriebsschaffners Heinrich Ernst Christian Schröder in Bremen,** groß 128 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus mit Laden), Vorhof und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 16. November 1931 —,

2) Vorstadt R 30, Blatt 156, **Grüpelinger Heerstraße Nr. 345, der Ehefrau des Klempnermeisters Carl Heinrich Johannes Knapp, Johanne, geborenen Seevers, in Bremen,** groß 403 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten, Hofraum und Gemüsegarten, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 30. Dezember 1931 —,

3) Vorstadt R 48, Blatt 642, **Schäneckerstraße Nr. 103, des Eisenbahn-Oberschaffners Otto Johannes Libor ius Wernecke in Bremen,** groß 143 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorhof und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 5. Januar 1932 —,

4) Vorstadt R 50, Blatt 604, **Nordstraße Nr. 204, 206 und Neptunstraße Nr. 1, des Kaufmanns Ernst Carl Sump in Bremen,** groß 186 qm Gebäuderaum (Wohn- und Geschäftshaus) und Lichthof, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 20. Mai 19391 —,

5) Vorstadt R 54, Blatt 1141, **Utbremerstraße Nr. 187, des Buchdruckereibesitzers Hermann Christian Wilhelm Schmuck in Bremen,** groß 55 qm, Gebäuderaum (Wohn- und Geschäftshaus) und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 22. Dezember 1931 —,

6) Vorstadt R 56, Blatt 623, **Aschweg Nr. 4, des Kaufmanns Wilhelm Stamp in Bremen,** groß 205,5 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorhof und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 30. Dezember 1931 —,

7) Vorstadt R 57, Blatt 663, **Gertrudenstraße Nr. 9, des Tischlermeisters Jeannot (Johann) Launcz genannt Putke in Bremen,** groß 73 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Tischlerwerkstatt und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 7. November 1931 —,

8) Vorstadt R 62, Blatt 357, **Besselstraße Nr. 63, des Klempnermeisters Julius Rudolph Weizsäcker in Bremen,** groß 142 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten und Garten, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 7. November 1931 —,

9) Vorstadt R 7, Blatt 19, **Bahnerstraße Nr. 266, B, des Fuhrunternehmers Albert Last in Bremen,** groß 686 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten, Hofraum und Garten, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 15. Dezember 1931 —,

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, möglichst bald an der Geschäftsstelle des Amtsgerichts im Gerichtshause, Zimmer Nr. 14, spätestens aber im Versteigerungstermine, vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger dazu Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers bzw. den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

27. 1. 1932. **Amtsgericht.**

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Läderswerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf

Dienstag, den 23. Febr. 1932, vorm. 9 Uhr, im Gerichtshause hierselbst, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84, angesetzt.

22. 1. 32. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Stadttheater

Heute
Freitag, 18.30 Uhr, 108. Ab.-V.
Dritte Vorst. im Wagner-Zyklus
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag
Siegfried

Sonnabend, **19.30** Uhr,
109. Abonnements-Vorstellung
Die Kaiserin

Sonntag, vormittags 11 Uhr,
Ganz kleine Preise, 30 Pfg.—2 Mk.
Minna von Barnhelm

Nachmittags 15 Uhr
Im weissen Rössl

Abends 19.30 Uhr, 110. Ab.-Vorst.
Margarethe

Montag, Geschlossene Vorstellung für den Goethebund

Dienstag, den 2. Februar
20 Uhr, 111. Abonn.-Vorstell.
Gastspiel Indischer Hindus
Udan Shan-Kar mit Simkie und einem indischen Hindu-Orchester
Preise 80 Pfg. bis 5.50 Mk.
Vorverkauf täglich!

Die Abonnementsrate ist fällig!

In den Centralhallen
Düsternstraße:
Volkstümliche Vorst. des Stadttheaters
Heute, Freitag, 29. Jan., Sonntag, 31. Januar, 20.15 Uhr
Die erfolgreiche Posse
Robert u. Bertram
oder
Die lustigen Vagabunden
Mit Musik — Gesang — Tanz!
Kleine Preise: 1.—, 1.50, 2.—



Inseriert in der B.N.Z.

Kameradschaftsabend des Sturm 3/75 „Johann Gossel"

Am Sonnabend, dem 30. Januar, 20.30 Uhr
in Gielers Festsälen.

Mitwirkende:
Standartenkapelle 75
Christa Vollmer-Gérard, Gesang
Johann Hase, Violine
Dr. Karl Gérard, Sturmbannarzt, Klavier
Karl C. Klink, Rezitation und Sprechchorleitung
„Gossel"-Sprechchor
Schnellkaritaturist (??)

Große Verlosung

Verkaufsstellen: Geschäftsstelle, Rembertistraße 31/32 B N Z, Papenstraße 15 Schöfer, Pelzerstraße 12/13 Deutsche Bücherei, Bahnhofstraße 1

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose a. d. Kasse 25 Pfg.

Verschiedenes

Betten
gut u. preiswert
Kirchhoff
Osterthorstwg. 72

Fuhrgeschäft
Pg. Nothdurft fährt alles!
Spez.: Umzüge
Grenzstraße 208
Tel. Weser 810 22

Zu vermieten
Freundl. möbl. Z.
St. Paulistr. 18

Unterricht
Energische Nachhilfe private Vorbereitung zum Abitur usw. durch jung. Akademiker
Angeb. u. R 277

Zu verkaufen
Eine sehr gut erhaltene erstklassige
Schreibmaschine
Wiesbadenerstr. 91

Berücksichtigt die Inserenten unserer Zeitung

Einmal a. Rhein Lesef. hat Ruh a Platte 2 Mk. Radio-Gram. 15 Mk. Anz. Woche 3—5 ev. 1 Mk. nur bei
H. Fangmeier
Musikalienhandlung St. Magnusstraße 21

Werbt für die BNZ

Familien-Anzeigen

Geburten.

1 T., Friedrich W. Brandes und Fr Erika, geb. Meerbach.

Verlobte:

Klärchen Diederichs mit Otto Heuerman Hela Hitz mit Robert Voß; Anneliese Birke feld mit Rolf Heppenberg.

Verheiratete:

Dr. Franz-Joseph Heukamp mit Elisab geb. Erling.

Verstorbene:

Helene Buhrmann geb. Claussen, 79 J.

Schauspielhaus

Heute
8 Uhr, Ende 10.20, Serie G/12
Ein bezaubernder Lustspielabend
Das Geschäft mit Amerika
Lustspiel in 3 Akten von Paul Frank
Hierauf
Satans Maske
Groteske von Paul Czinner

Sonnabend, nachmittags 4.30 Uhr
6. Sonnabend-Nachmittag
Der Graue
Schauspiel von Friedrich Forster
Karten zu 1.30 Rm. an der Kasse

Sonnabend, abends 8 Uhr
In neuer Einstudierung
Die spanische Fliege
Schwank von Bach und Arnold

Sonntag, nachmittags 4 Uhr
Der Graue
(Halbe Preise)

Sonntag, abends 8 Uhr:
Die spanische Fliege
Kleine Preise, 0.90 b. 4.— (1. Parkett.)

Schauspielhaus

Donnerstag, abends 8 Uhr
Gastspiel des glänzenden Berliner Komikers
Curt Bois
mit Berliner Ensemble
Dienst am Kunden
Schwank
von Curt Bois und Max Hansen.
Das Gastspiel Curt Bois' ist in allen deutschen Städten ein überwältigender Erfolg.
(Kleine Gastspielpreise)

Freitag, den 5. Februar,
Sonnabend, den 6. Februar,
Sonntag, den 7. Februar,
Mittwoch, den 10. Februar
Gastspiele
Otto Gebühr
des berühmt. Friedericus-Darstellers
Die Ballerina des Königs
Lustspiel von Presber und Stein.
(Gewöhnliche Preise)

Aus Bremen Stadt und Staat

Bayreuther Bund der deutschen Jugend, Bremen
Konzert

Die Konzertleitung des Bayreuther Bundes hatte diesmal zwei echt deutsche Komponisten gewählt, Schubert und Brahms, von denen der eine uns als Meister des deutschen Liedes bekannt ist. Eine glückliche Zusammenstellung, die heitere, naturverbundene Musik Schuberts und die herben, ernsten Weisen von Brahms. Herr E. Koch sang mit viel Gemüt die reizenden Schubertlieder, von denen Storck sagt, daß sie „Freiluftschöpfungen, im Wandern empfangen und im Wandern geschaffen" sind. In den höheren Lagen schien die Stimme etwas belegt, was wohl auf eine leichte Indisposition des Künstlers zurückzuführen ist. Besser noch gelangen die Brahmsschen Magelonenlieder und die beiden entzückenden Volkslieder „In stiller Nacht" und „Wach auf, mein Herzensschöne". Deklamation und Vortrag waren ausgezeichnet, der Sänger bot in der Gesamtleistung recht Beachtenswertes. Herr Nebner begleitete mit viel Geschick und Einfühlung. Es war ein Genuß Carl Drechslers Wiedergabe der innigen Schubertschen „Moments musicanse" und des „Impromptu Nr. 2" zu lauschen. Abgesehen von kleinen technischen Unebenheiten gelang auch die F-Moll-Sonate von Brahms recht gut, besonders brachte der Künstler das Andante expressivo weich und zart zu Gehör.

i. V.: E. Caspary.

Stadttheater. Heute Freitag, dritter Abend im Ring-Zyklus: „Siegfried" (Herren Borton, Birkenfeld, Thement, Kraus, Schweinsberg und Damen Roller, Pense, Kissitschkina), Anfang 18.30 Uhr. Sonnabend die neu einstudierte Rokoko-Operette: „Die Kaiserin" Sonntagnachmittag: „Im weißen Rößl", abends: „Margarethe". Am Dienstag findet das mit großer Spannung erwartete Gastspiel der indischen Hindus statt, die zu ihren eigenen vielfältigen Instrumenten spielen, tanzen und singen werden. — „Minna von Barnhelm", Lessings Meisterwerk, wird in der vielgerühmten neuen Inszenierung am Sonntagvormittag, 11 Uhr, zu ganz kleinen Preisen aufgeführt. — „Jagt ihn — ein Mensch", Kolbenheyers neues Schauspiel, wird z. Zt. im Stadttheater vorbereitet und kommt zunächst als Vorstellung des Goethe-Bundes am kommenden Montag heraus. Oeffentliche Vorstellungen werden folgen.

Centralhallen-Schauspiel. Auf die heute Freitag und am nächsten Sonntag stattfindenden ersten Wiederholungen des unbändig komischen Schwankes „Robert und Bertram" (mit Ouvertüre, musikalischen Einlagen und Tänzen) wird nachdrücklich aufmerksam gemacht.

Der DHV. senkt die Beiträge. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband teilt uns mit, daß er als der erste unter den Gewerkschaften, den Tendenzen der Notverordnung folgend, seine Mitgliedsbeiträge um 10 v. H. herabsetzt. Diese Herabsetzung wurde möglich gemacht durch eine weitere Herabsetzung der persönlichen und sachlichen Ausgaben und eine zehnprozentige Senkung der Barleistungen. Unter Berücksichtigung, daß die Inanspruchnahme der Gewerkschaft auf gewerkschaftlichem Gebiete, im Rechtsschutz, in der Hilfe für die Stellenlosen in Krisenzeiten stark zunimmt, die zwangsläufigen Ausgaben für die Mitglieder stark steigen, während die Mitgliedsbeiträge infolge der Gehaltssenkung auf Grund der Beitragsklassen fallen, ist diese 10prozentige Senkung der Verbandsbeiträge ein Beweis der finanziellen Kraft und der Stärke des DHV.

Deutscher Abend. Am 6. Februar findet in Oberneuland „Jürgenshof" ein deutscher Abend statt.

Der Stadion-Tennis-Club „Rot-Weiß" veranstaltet sein erstes diesjähriges gesellschaftliches Treffen am Rosenmontag, 8. Februar, in allen Räumen des „Astoria". Neben dem großen Mitgliederkreise, zu dem auch die Tischtennisgruppe „Rot-Weiß" gehört, sind befreundete Tennisvereinigungen, ebenso Vorstand, Verwaltungsrat und Mitglieder des Vereins Weser-Stadion zur Teilnahme eingeladen. Gäste können eingeführt werden. Bunte Kostüme oder Gesellschaftsanzug. Damen und Herren, die als Mitglieder im Klub noch nicht genügend bekannt sind, werden um besondere Mitteilung gebeten, damit ihre Einführung erfolgen kann. Eintrittskarten zu einer Mark und Tische müssen sofort beim „Rot-Weiß"-Sekretariat, Stadiontribüne, Zimmer 103, Hansa 40673, bestellt werden. Ein glänzendes Programm, fabelhafte Dekorationen, Musikkapellen sorgen für die Unterhaltung der Gäste.

Berücksichtigt die Inserenten!

Unsere Arbeit aus der Bürgerschaft

Interpellation

Wie verlautet, soll das Kommando der Ordnungspolizei mit den Wachen usw. vom Lindenhof nach dem Polizeihaus verlegt werden. Wofür aber keine berechtigten Gründe vorliegen können, da der Lindenhof erfahrungsgemäß allen Ansprüchen genügt.

Welche bürgerschaftliche Instanz hat hierzu ihre Genehmigung erteilt?

Allein die Kosten für die Umlegung der Telephonanlagen pp. vom Lindenhof zum Polizeihaus belaufen sich auf mindestens 100 000 Mk. (Einhunderttausend). Hinzu kommen noch die Kosten für die erforderlichen Umbauten im Polizeihaus.

Ist dem Senat bekannt, daß die Telephonanlage erst vor vier Jahren vollständig neu im Lindenhof mit einem Kostenaufwand von rund 60 000 Mk. (Sechzigtausend) angelegt worden ist?

Welche Gründe sprechen in heutiger Zeit für eine derart kostspielige Umlegung?

Woher nimmt der Senat die erforderlichen Mittel?

Ist der Senat bereit, diesen kostspieligen und gänzlich unnötigen Umzug zu unterlassen und die Mittel zur Linderung der herrschenden großen Not z. B. Erleichterung in der Erhebung der Bürgersteuer, zu verwenden?

Otto Pfeifer.

Kleine Anfrage!

Ist dem Senat bekannt, daß die Kurstadt A.-G. in Bremen einen größeren Bäckerei- und Konditoreibetrieb eingerichtet hat?

Ist dem Senat bekannt, daß die Errichtung dieses Betriebes unzählige selbständige Bäckermeister um ihre Existenz bringt?

Ist der Senat bereit, zum Schutz des selbständigen Mittelstandes alles zu tun, was geeignet wäre, diese Gefahr abzuwenden, zumal die Verfassung des Reiches den Schutz des Mittelstandes ausdrücklich fordert.

Schriftliche Antwort genügt.

Otto Heider.

Kleine Anfrage!

Durch die, in der Verordnung des Senats vom 8. 12. 32 vorgesehenen neuen Berechnungsmethoden tritt eine Kürzung der Bezüge der Wohlfahrtsempfänger ein.

In einer ganzen Reihe von Fällen ist vom Fürsorgeamt aber der alte Betrag voll ausbezahlt worden und jetzt wird von der Behörde der ganze zuviel bezahlte Betrag auf einmal einbehalten. Es sind sehr erhebliche Abzüge vorgenommen, die etwa ein Drittel der Unterstützung ausmachen.

Ist sich der Senat bewußt, daß er damit die Lebensmöglichkeit der betroffenen Familien ganz erheblich beschneidet, weil schon die vollen Sätze zur Erhaltung des Lebens kaum ausreichten.

Ist der Senat bereit, anzuordnen, daß eine nachträgliche Kürzung bereits ausbezahlter Beträge nicht mehr vorgenommen wird, oder daß sich die Abzüge wenigstens in erträglichen Grenzen halten?!

Schriftliche Antwort genügt.

Otto Heider.

Vom Bremer Arbeitsgericht

Verbotene Ausspielung oder amerikanische Reklame

Bekannt ist, daß man zur Veranstaltung einer Lotterie, einer Ausspielung, die behördliche Genehmigung bedarf. Nun gibt es aber eine Kundenwerbung, die den Käufern einer Ware beim Einkauf gewisse Vorteile verspricht. Wird diese Ware durch die Gewährung von Vergünstigungen verteuert, dann kann eine verbotene Ausspielung vorliegen. Wie ist es aber, wenn die Ware regulär verkauft wird? Mit der Klärung und Sichtung des diesen Fragen zu Grunde liegenden Tatsachenkomplexes haben sich schon unendlich viele Richter befaßt, Reichsgerichtsentscheidungen sind in Fülle vorhanden, nur passen meistens die schönsten Entscheidungen nicht ganz für den Fall, der gerade zur Verhandlung steht.

So war es auch in einer Sache vor dem Einzelrichter, der über einen Einspruch gegen einen Strafbefehl, der wegen verbotener Ausspielung gegen den jüdischen Strumpfhändler H. ergangen war, verhandeln sollte. H. wollte seinem Strumpfgeschäft den mangelnden Absatz durch Reklame verschaffen und versiel, seiner Rasse gemäß, auf eine Bluffgeschichte. Ein großes Plakat verkündete am Schaufenster: „Alles klagt über die schlechten Zeiten, aber das Strumpfhaus H. verschenkt seine Waren. Bewahren Sie den Kassenzettel auf, er berechtigt zum Gratiseinkauf." H. dachte natürlich nicht daran, jedem Kunden seine Waren zu verschenken, der Trick war der, daß eine Woche lang die Kassenzettel über Waren, die täglich zu einer bestimmten Zeit gekauft waren, zum Gratiseinkauf berechtigten. Die in Frage kommende Stunde wurde später bekanntgegeben und alle Kunden, die auf ihrem Kassenzettel diese Zeit vermerkt hatten, wurden mit dem Gratiseinkauf beglückt.

Im Strafbefehl wurde im Preis, der für das erste Paar Strümpfe gezahlt war, ein versteckter Zusatz gesehen. Da Einspruch erhoben war, hatte sich Richter Dr. Steengrafe durch die Reichsgerichtsentscheidungen durchzuarbeiten. H. will diese Reklame aus Chemnitz übernommen haben. „Trotzdem Sie selbst nachahmten, schrieben Sie unter das Plakat: „Nachahmung verboten!" bemerkt der Richter. H. will weiter mit seiner Lockreklame nichts verdient haben, er habe sogar 500 RM. zugesetzt, die Inserate und die Anwaltskosten hätten den Hauptteil der Summe verschlungen. Um nämlich ganz sicher zu gehen, war der kluge Jude zu einem Anwalt gegangen, der ihn einmal über das Einwandfreie dieser Kundenwerbung beruhigte, dann ihm aber auch eine notariell beglaubigte Urkunde ausstellte, daß alles mit rechten Dingen zuginge. Diese Urkunde prangte dann mit im Fenster. Sicher hatte H. das richtige Gefühl, daß man ihm ohne diese Urkunde eine Schummelei zutrauen würde, aber nun konnte ja nichts schief gehen. Und doch ging es schief, denn der betragte Rechtsanwalt hatte sich geirrt in der Annahme, daß diese Art Reklame keine Ausspielung sei. Freilich konnte er die Reichsgerichtsentscheidung nicht kennen, die in einem fast ebensolchen Fall zur Verurteilung kam, sie war nämlich zu der Zeit noch gar nicht gefällt. Auch ein Anwalt in Chemnitz war in dieser Sache tätig, ohne ihre Verwerflichkeit zu erkennen. Nun aber war die Reichsgerichtsentscheidung zur Stelle, sie zog sich über fünf Druckseiten hin, die vom Richter vorgelesen wurden. Das Reichsgericht sah in dieser Reklame eine Verlockung des Publikums, seiner Spielleidenschaft freien Lauf zu lassen. Wenn der versteckte Einsatz auch nicht objektiv in der Höhe der Preise gegeben, so doch subjektiv.

Die Verteidigung wandte ein, daß H. sogar den Leiter des Wettbewerbsausschusses der Kleinhandelskammer befragt habe, der habe zwar Bedenken gehabt, aber die habe der immer. Richtig sei die Auffassung des Landgerichts, das im Gegensatz zum Reichsgericht in der herangezogenen Sache zum Freispruch gekommen war. Das habe nur dann einen versteckten Einsatz angenommen, wenn vom Käufer eine Mehrleistung beim ersten Einkauf verlangt wurde. Denselben Standpunkt scheint der Richter zu vertreten. Er kommt in dieser Sache heute noch zu keinem Urteil, es soll die Verkäuferin darüber vernommen werden, ob die Preise für die Strümpfe in der betreffenden Zeit wirklich niedriger als sonst waren und ein Sachverständiger soll Auskunft über die Gestehungskosten geben.

H. wird also möglichweise Glück haben und wegen seiner verpufften marktschreierischen Reklame freigesprochen werden. Der jüdische Zug in dem Reklamewesen fällt allmählich allen auf die Nerven. Deshalb hat sie hier auch wohl nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Das Publikum vermutet mit Recht, daß trotz des notariellen Schreibens hier kein ehrliches Spiel vorliegt. Verschenken kann und wird kein Kaufmann etwas, am allerwenigsten ein Jude!

Tarifvertrag und Stundenzahl

Selbst wenn im Tarifvertrag eine Arbeitszeit von 48 Stunden vorgesehen ist, kann ein Arbeitnehmer sich nicht gegen Kurzarbeit wehren. Diese Feststellung machte der Arbeitsrichter dem Einwand eines Arbeitnehmers gegenüber. Zu Grunde lag hier folgende Sache, über die wir vor kurzem schon berichteten: Das Betriebsratsmitglied P. von der Besigheimer Oelfabrik, hatte erfolgreich gegen seine Entlassung protestiert. Er ist auch wieder eingestellt. Es war den Parteien aber aufgegeben, die durchschnittlich gearbeitete Stundenzahl für die Zeit aufzugeben, in der P. vom Werk nicht beschäftigt wurde. Der Vertreter des Werkes, Obering. E., gibt die Zahl der Stunden mit 30 an, er will aber vergleichsweise 32 Stunden bezahlen. Dagegen wendet sich P., einmal wegen der tariflich vorgesehenen 48-Stundenwoche, als dieser Antrag dann wie eingangs bemerkt, abgelehnt wurde, macht der Kläger geltend, daß durchschnittlich 36 Stunden gearbeitet wären. Hierfür wird Obering. E. als Zeuge vernommen. Mit dem Bemerken, daß der Vertreter des Werkes nicht als Zeuge vernommen werden kann, lehnt P. den Zeugen ab. Der Richter belehrt den Kläger dahin, daß jeder Angestellte, auch wenn er Prozeßbevollmächtigter ist, als Zeuge auftreten kann. Nur Vorstandsmitglieder im Sinne des HGB. und Inhaber einer offenen Handelsgesellschaft können vor dem Arbeitsgericht als Zeuge nicht vernommen werden.

Die Klage wird dann abgewiesen, soweit die eingeklagte Summe den Lohn für eine Arbeitswoche von 30 Stunden übersteigt. (Im Vergleich hätte P. für 32 Stunden sein Geld erhalten, allzu scharf macht eben schartig.)

Wer sich etwas hat zuschulden kommen lassen, findet nur schwer Stellung wieder

Da die Kiesbandelsgesellschaft in Konkurs geraten ist, ist den Angestellten selbstverständlich gekündigt worden. Unter ihnen war auch der Geschäftsführer K., der bei seinem Fortgang 129 RM. abgezogen wurden, weil er von einem Fuhrherrn dieses Betrag laut Quittung erhalten hatte. Die Quittung ist vorhanden, es hat also K. das Geld erhalten, aber er will es im Geschäftsinteresse ausgegeben haben. Dafür ist K. beweispflichtig. Da er diesen Beweis nicht antreten kann, wird die Klage abgewiesen. K. kämpfte hier nicht so sehr um das Geld, als darum, daß ihm seitens des Vereins Bremer Fuhrherren sein Fortkommen erschwert wird. Die Mitglieder des Vereins Bremer Fuhrherren waren zum Teil auch Mitglieder des Kieshandels. Der Geschäftsführer des Fuhrherren-Vereins wird bei Zeugniseinholung wohl nicht die beste Auskunft über K. geben. Er sagt auch in der Verhandlung aus, daß K. häufiger falsche Buchungen gemacht hat. Ob er das Geld für sich behalten hat oder nicht, ein Geschäftsführer, der unrichtig bucht, findet nur schwer Stellung.

Wann dürfen Schwerkriegsbeschädigte entlassen werden

Die Firma Schiblt AG., die inzwischen ihren Namen geändert hat, hat wie alle anderen Baufirmen viele Leute entlassen müssen unter anderen auch Schwerkriegsbeschädigte. Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge hat ihre Zustimmung zu der Kündigung gegeben, trotzdem wandte sich der Schwerkriegsbeschädigte A. an das Arbeitsgericht, weil seiner Ansicht nach die Firma mehr als 20 Leute zu der Zeit beschäftigt hat. Nur unter der Voraussetzung, daß die Zahl der Angestellten unter 20 herabsinkt, hat die Kriegsbeschädigten-Fürsorge die Zustimmung zur Entlassung des A. gegeben. Leider hat A. aber bei seiner Zusammenstellung der beschäftigten Leute die Prokuristen mitgezählt, das ist aber nicht zulässig. Deshalb wurde die Klage in erster Verhandlung abgewiesen. Eine erneute Klage strengte A. an, er ist nunmehr der Meinung, daß er nur gekündigt werden kann, wenn der Betrieb überhaupt stillgelegt wird. Aber er ist auch da im Irrtum, die Klage wird abgewiesen. Erst wenn mehr als 20 Leute beschäftigt werden, muß die Firma wieder Schwerkriegsbeschädigte einstellen.

---

3. Kammermusik-Abend

Zum zweiten Male in diesem Winter hatten wir die Freude, das Klingler-Quartett in Bremen zu hören. Die Begeisterung der Zuhörer war die gleiche wie das letztemal. Das Haydn-Quartett in D-Dur wurde leider nicht ganz erschöpft, besonders die erste Geige behandelte diesen Komponisten etwas stiefmütterlich. Dafür war die Wiedergabe der anderen beiden Quartette Schumann F-Dur Nr. 2 und Beethoven B-Dur um so besser. Jedem Wechsel seiner Stimmungen hat Schubert in diesem Werk Raum gegeben und es nachher zu einer entzückenden Einheit verbunden. Immer wieder ist man erschüttert von dem gewaltigen Ringen in der Beethovenschen Musik, von dem Streben aus dem Alltag hinauf zu strahlender Höhe. Die Herren Professor Klingler, F. Klinger, Gerber und Silberstein erwiesen sich wiederum als Meister ihrer Instrumente. Herzlicher Beifall dankte den Künstlern für den genußreichen Abend.

i. V.: E. Caspary.

Zur NSDAP. übergetreten

Varel, 29. Jan. Der Vorsitzende des Amtslandbundes, Landwirt Artur Tapken in Jaderaußendeich, hat seinen Uebertritt der NSDAP. erklärt. Tapken gehörte vor seinem Uebertritt der Landvolkpartei an und war für die letzte Landtagswahl bereits von dieser Partei als Kandidat aufgestellt.

Die Biere der bremischen Brauereien sind in bezug auf Gehalt und Bekömmlichkeit unübertroffen

Volk und Wirtschaft

Mißglückter Bauernfang der KPD

Moskauer Theater mit adligen Renommierfiguren

Am Samstag und Sonntag fand in den Armins-Sälen in Berlin der **„Erste Deutsche Reichsbauernkongreß"** statt, der schon seit Monaten in der kommunistischen Presse mit bombastischen Worten angekündigt worden war. Wer etwa geglaubt hatte, daß sich hier die Bauernschaft Deutschlands ein Stelldichein gegeben hat, der verfiel sehr rasch einem großen Irrtum.

Von etwa 40 Millionen deutschen Bauern waren höchstens 150 erschienen,

die 3500 Bezirke und Dörfer vertraten. Die Masse der Zuhörer bestand aus Berliner Kommunisten, die also mit den Bauern nicht das geringste zu tun hatten, sondern einfach abkommandiert waren, um die Pleite dieses „Kongresses" zu verschleiern. Zum „Präsidenten" wurde ein Landwirt Johannes Rau gewählt, von dem verschwiegen wurde, aus welchem Dorfe er kam, wahrscheinlich aus Neukölln. Beisitzer wurde ein Pastor Köthe, von den man nicht erfuhr, welche Dorfgemeinde er seelsorgerisch betreut, ferner eine „Bäuerin" Kook aus Schleswig-Holstein, sowie der auch in nationalsozialistischen Kreisen sattsam bekannte Abenteurer und „Landvolk-Führer" Bruno v. Salomon, gewissermaßen als adelige Renommierfigur. Einen köstlichen Anblick gewährten die ausländischen Vertreter meist semitischen Aussehens aus Galizien, Polen, der Tschetei, aus Ungarn, Italien, Dänemark und sonst woher. In Wirklichkeit schien der derzeitige Wohnsitz die Münzstraße in Berlin zu sein, zum Teil auch die Tauentzienstraße. Der Vorsitzende Bodo Uhse hielt ein Referat, das aus den bekannten Schlagworten der „Roten Fahne" bestand. Darin gedachte er der „Bauern" Claus Heim — den die Kommunisten schon längst für sich beanspruchten — und Scheringer, als ob der Leutnant Scheringer jemals nur einen qm. Land besessen hätte. Etwa zwei Dutzend eingedrillter „Redner" leierten ihr eingelerntes Sprüchlein herunter und jammerten über die Not des Bauern, die für uns Nationalsozialisten nichts neues ist.

Die „Rote Fahne" nennt das alles eine „Massenbewegung" von Bauern. In Wirklichkeit war dieser sogenannte „Kongreß" nichts anderes wie **ein von Moskau schlecht inszeniertes Theater,** auf das in ganz Deutschland kein wirklicher Bauer hereinfällt. Der deutsche Bauern ist immer gegen solche Rattenfängermelodien, **denn er weiß dank der nationalsozialistischen Aufklärung ganz genau, was ihm in einem Sowjetstaat Deutschland blühen würde.**

Claus Heim, das Sinnbild des gefesselten Deutschtums

In einer Kundgebung norddeutscher Bauernvertreter aus Oldenburg, Hannover, Schleswig-Holstein und Mecklenburg heißt es:

Der Kampf der deutschen Landvolkbewegung wird für das Jahr 1932 sich vor allem auf die Befreiung Claus Heims richten. Die Befreiung Claus Heims und seiner Kameraden muß ein Schwerpunkt des Deutschen Kampfes werden. Das ganze deutsche Volk muß an diesem Befreiungskampf teilnehmen. **Die Gestalt des im Dachauer zu Tode gequälten gutgehaltenen nordischen Bauern Claus Heim ist zum Sinnbild des gefesselten Deutschtums geworden!"**

Mehr Inlandsobst!

Einschränkung der Einfuhr bedeutet erhöhte Arbeitsmöglichkeit

Für den Ausgleich des Mangels an natürlichen Bodenschätzen durch Ertragsteigerungen und Qualitätsverbesserungen hat die Wissenschaft schon Erstaunliches geleistet. Doch ist gerade hier ein Gebiet in der Entwicklung erheblich zurückgeblieben: der deutsche Obstbau. Er konnte dem gewaltigen Umschwung auf ernährungspsychologischem Gebiete nicht folgen. Die Ungunst der deutschen Produktionsverhältnisse — nur alle drei Jahre rechnet man beim deutschen Kernobst mit einer Vollernte — ließ ein rasche Anpassung an die veränderte Marktlage nicht zu; die Folge davon ist eine übergroße Einfuhr. Während der Obstgenuß je Kopf und Jahr von 36,5 kg in der Vorkriegszeit auf 42,5 kg bis heute gestiegen sein soll, ist die deutsche Obsternte etwa die gleiche geblieben.

Rund 350 Millionen RM. wendet Deutschland jährlich für Obst- und Südfrüchte-Einfuhr auf.

Dazu kommt ein Ernteverlust von rund 100 Mill. RM. durch Krankheits- und Schädlingsbefall an den Obstbäumen. Der Verbrauch von Tafeltrauben ist seit der Vorkriegszeit um 100 v. H. gestiegen (1910/1913 je Kopf und Jahr 0,5 kg 1927/1930 je Kopf und Jahr 1,0 kg) und doch gehören Tafeltraubenkulturen bei uns zu den Seltenheiten. Dafür nehmen über 70 v. H. der gesamten französischen und italienischen Tafeltraubenausfuhr den Weg nach Deutschland. 1910/1913 bestritt Frankreich 24,5 v. H. unserer Tafeltraubeneinfuhr, heute (1927/1930) 41,5 v. H.

Daß es sich unter diesen Umständen lohnt, durch exakte Forschung dem deutschen Obst- und Weinbau neue Wege zu erschließen, ist sicher. Mit dem billigen Ratschlag, mehr Bäume zu pflanzen, ist es freilich nicht getan. Forschung auf den Gebieten der Obstbaumphysiologie, der Obstbaumdüngung, des Obstbaumschutzes und der obstbaulichen Betriebswirtschaft tut not; so, wie sie in den Vereinigten Staaten schon längst vorbildlich geleistet wird. Während dort z. B. der mittlere Jahresertrag eines Apfelbaumes 1910/14 sich auf rd. 28,5 kg belief, betrug er 1920/1924 rd. 35,8 kg. In zehn Jahren war also eine Leistungserhöhung um 7 kg, d. i. um 25 v. H. erzielt worden. Der Jahresertrag eines deutschen Apfelbaumes wird heute wie früher auf nur rd. 18 kg geschätzt!

Planmäßige Sortenbeobachtungen haben im Staate Washington dazu geführt, daß heute vier Hauptsorten 88 v. H. des Bestandes ausmachen. Von 1895 bis 1905 gab es noch 13 Hauptsorten (63 v. H. des Bestandes), der Rest war Sortenvielerlei. In der ganzen nordamerikanischen Union sind heute bei einem Bestand von rd. 110 Mill. tragfähigen Apfelbäumen etwa 50 Handelssorten zu finden. In Deutschland werden bei 50 Mill. tragfähigen Apfelbäumen rd. 106 Sorten von den Landwirtschaftskammern als anbauwürdig empfohlen! Die Ausmerzung wertloser Sorten gehört zu den schwierigsten obstbaulichen Arbeiten, da die Minderwertigkeit nicht absolut bestimmbar ist. Nur umfassende Beobachtungen können Klarheit schaffen. Die Vereinigten Staaten haben vor allem diesen zielbewußten Sortenuntersuchungen, für die sie keine Mittel scheuten, die großen Exportmöglichkeiten zu danken.

Deutschland ist Amerikas zweitgrößter Apfelkonsument. 1930 betrug die Apfeleinfuhr von dort 587 969 Doppelzentner im Werte von 27 228 000 RM.,

das sind 24,1 bzw. 36,6 v. H. der Gesamtapfeleinfuhr (2 437 545 Doppelzentner im Werte von 74 385 000 RM.). Dabei hat Amerika nur etwa doppelt soviel tragfähige Apfelbäume wie Deutschland.

Wenn auch im letzten Jahrzehnt die Notwendigkeit einer Förderung des Obstbaues anerkannt wurde und die Regierungen Mittel für Umpfropfarbeiten, für die Schädlingsbekämpfung und für Neuanpflanzungen bereitgestellt haben, so fehlt es doch noch sehr an weitgreifender Forschung, an jener Pionierarbeit, die allein es ermöglicht, daß der Obstbaupraktiker mit Nutzen seine Kulturen pflegt und sie im Vertrauen auf diesen Nutzen erweitert. Diese rationelle Erweiterung würde dann nicht nur die Einschränkung der Einfuhr, sondern auch zugleich erhöhte Arbeitsmöglichkeit bedeuten.

Prof. E. Kemmer, Berlin-Dahlem.

Deutscher Protest

gegen die Zwangsmeistbieten der Sowjethandelsvertretung beim Absatz russisch. Holzes

Berlin, 28. Jan. Der Vorsitzende des Reichsforstwirtschaftsrates hat zugleich im Einverständnis und im Auftrage des Deutschen Landwirtschaftsrates, des Reichslandbundes sowie der Spitzenverbände für Holz- und Waldwirtschaft an den Reichskanzler eine Eingabe zugehen lassen, in der festgestellt wird, daß die russische Handelsvertretung in Berlin ihre Machtstellung als Auftraggeberin deutscher Industriefirmen dahin ausnutze, daß sie sie zwinge vor ihrer Einfuhrbeteiligung ihren Holzbedarf zu kaufen bzw. nur von solchen Firmen Aufträge unterbringen, die russisches Holz beziehen. Da diese Zwangsmaßnahmen der russischen Handelsvertretung die deutsche Waldwirtschaft und den deutschen Holzhandel aufs schwerste schädigen, bitten die genannten Verbände, für alle Geschäfte, die für Rußland seitens der deutschen Industrie mit Ausfallbürgschaft des Reiches und der Länder durchgeführt werden, diese Bürgschaft zu versagen, falls von Rußland irgend welche Verpflichtungen wegen Verwendung russischen Holzes gefordert werden.

Braunschweig vorbildlich

Keine neue Zulassung ausländ. Landarbeiter.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Buchholz in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt; davon sind 1208 polnischer Staatsangehörigkeit. Ich frage: Ist das Staatsministerium bereit, auf die betreffenden landwirtschaftlichen Betriebe einzuwirken, um diese schwere Schädigung der deutschen Arbeitslosen zu verhindern?

Darauf hat der Minister für Inneres folgendes geantwortet:

„Das Braunschweigische Staatsministerium hat stets als Ziel die Nichtzulassung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter verfolgt. Es hat daher aus nationalen und arbeitsmarktpolitischen Gründen der vom Reichsarbeitsminister für 1929 beschlossenen Regelung (8 67 Absatz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) zugestimmt, ausländische Landarbeiter nicht neu hereinzulassen, sondern ihre Beschäftigung nur dann zu genehmigen, wenn es sich um Ausländer handelt, die nicht zum Verlassen des Reichsgebietes verpflichtet sind, oder denen die Beschäftigungsgenehmigung auf Grund der mit dem Heimatstaat anerkannten Gegenseitigkeit gewährt werden muß. Gez. Klagges."

Ein unglaublicher Vorfall

Landbund-Vertrauensmann verhöhnt die Toten der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung

Aus Brieg, Kreis Glogau, erfährt die „Schlesische Tageszeitung" folgenden geradezu unglaublichen Vorfall:

Unser Ortsgruppenleiter Klose kam im Anschluß an eine Landbundversammlung in ein Gespräch mit dem „Vertrauensmann" George (man wird sich den Herrn merken müssen!) des Kreislandbundes Glogau. Im Laufe dieses Gesprächs sagte Pg. Klose:

Wenn die NSDAP. nicht wäre und nicht 200 SA.-Männer gestorben wären im Kampf um Deutschland, dann hätten wir heute schon den Bolschewismus!"

Darauf antwortete der „Vertrauensmann" des Kreislandbundes Glogau, der bei sog. „Landvolk-Partei" angehört:

„Ganz gut, daß die 200 jungen Schnösels weg sind".

Jedem anständigen Menschen muß sich das ganze Gefühl aufbäumen über so viel Gesinnungslumperei und Gefühlsroheit, es fehlen die Worte, eine solche Aeußerung zu kennzeichnen.

Wir verlangen nicht, daß jeder Landbund-Vertrauensmann Nationalsozialist ist, wir wollen diese Kerls größtenteils gar nicht haben, wir haben aber das Recht, von diesen „Harzburger Bundesgenossen" unzweideutig zu fordern, daß sie **die nötige Hochachtung vor den höchsten Opfern unserer SA.-Männer, der Hingabe ihres Lebens für die Befreiung Deutschlands, aufbringen.**

Aber nicht genug damit, man sollte annehmen, daß der **Vorstand des Kreislandbundes Glogau** sich mit Abscheu von einem solchen Vertrauensmann abwendet, sowohl aus eigenem Reinlichkeitsgefühl, wie auch aus dem sonst immer betonten Kameradschaftsgefühl den „Bundesgenossen" gegenüber.

Weit gefehlt! — Vorstand und Geschäftsführer suchen sich im Gegenteil mit allerhand Redensarten noch vor ihren „Vertrauensmann" zu stellen und ihn zu entschuldigen.

Für eine derartig bodenlose Gemeinheit gibt es für uns keine Entschuldigung, hier gibt es nur reinen Tisch, indem der George aus dem Landbund ausgeschlossen wird, das ist die mindeste Genugtuung, die wir für die maßlose Beschimpfung unserer gefallenen Kameraden fordern können.

Der Schlesische Landbund darf sich wirklich nicht wundern, wenn wir seinen Liebesbeteuerungen keinen rechten Glauben mehr schenken, wenn er nicht in der Lage ist, wenigstens für den nötigen Anstand in seinen Unterorganisationen zu sorgen.

Schutz der Veredelungswirtschaft

durch neue Handelspolitik!

Aus Anlaß der deutschen Butterzollerhöhung war vielfach befürchtet worden, daß das Ausland alsbald mit umfangreichen und gefährlichen Gegenmaßnahmen kommen würde. Es hatte ja auch Stimmen gegeben, die davon sprachen, daß die deutsche Ausfuhr unter diesem Versuch einer teilweisen Abwehr des Valutadumpings auf dem Buttermarkt leiden würde. Diese Befürchtungen in Deutschland sind bisher durch die Tatsache nicht bestätigt worden. Man hat zwar zunächst einige erregte Stimmen gehört. Das war ja auch nicht anders zu erwarten. Es ist für jeden peinlich, wenn er Einnahmen verliert, mögen sie auch im Zusammenhang mit der Valutaentwicklung auf noch so unsicherer Basis beruhen. Aber so, wie man heute die Dinge überblicken kann, ist mit den groß aufgezogenen Gegenmaßnahmen nicht mehr zu rechnen. Es ist zuzugeben, daß eine gewisse Boykottpropaganda neuen Agitationsstoff bekommen hat. Aber wie hätte man das vermeiden sollen, wenn man nicht die sehr viel größeren Schäden für die deutsche Veredlungswirtschaft auf die Dauer hätte hinnehmen wollen? Außerdem beschränkt sich die Boykottbewegung auf Länder, bei denen man in der Folge der Entwicklung schwer dazwischen wird scheiden können, was an Einfuhrrückgang auf das Konto der Propaganda und was auf das Konto der Valutaentwertung zu setzen ist. Gerade die jetzt unterwertigen Staaten sind diejenigen gewesen, nach denen früher die deutsche Ausfuhr besonders lohnend war. Man kann aber nicht einfach die guten aktiven Handelsbilanzen der letzten Jahre mehr zugrunde legen. Seit Oktober geht bereits aus der Außenhandelsstatistik hervor, daß die deutsche Ausfuhr nach diesen unterwertigen Ländern abbröckelt. Wir wissen aus unserer eigenen Inflationserfahrung, wie stark schließlich ein unterwertiges Land auf fremde Einfuhr verzichten muß. Auch ernsthafte Gegenmaßnahmen könnten hier wohl im äußeren Eindruck peinlich sein, aber nicht eigentlich gefährlich.

Sehr viel lehrreicher ist denn auch eine andere Auswirkung der Butterzollerhöhung. Ohne große grundsätzliche Erklärungen hat ein Wandel der Handelspolitik eingesetzt. Wenn jetzt Holland eine allgemeine Kontingentierung seiner Einfuhr vorgenommen hat, so ist das von mindestens ebenso großer Bedeutung wie der Entschluß Englands, vom Freihandel zum Schutzzoll überzugehen. Holland hat die Einfuhr auf 60 Prozent des Durchschnitts von 1928 bis 1930 festgesetzt und dazu die dänische Viehseinfuhr überhaupt verboten. Wird Deutschland auch zunächst von dieser Kontingentierung nicht betroffen, so ist doch festzustellen, daß die Auswirkung einer solchen Kontingentpolitik, für die vorher Frankreich schon drastische Beispiele gegeben hatte, die valutaschwachen Länder sehr viel stärker treffen muß, als jede der bisherigen deutschen Maßnahmen. Wir erleben auch hier, ganz ähnlich wie bei den Präferenzverhandlungen mit den südosteuropäischen Staaten, daß über die bisherige Praxis der handelspolitischen Meistbegünstigung in aller Stille hinweggegangen wird. So wird es auch nicht lange mehr dauern können, bis nahezu die Gesamtheit der laufenden Handelsverträge durch ein neues System ersetzt werden muß, das auf einer scharfen Kontingentsregelung beruht.

Nährstand in Not!

Täglich vernehmen wir aus allen Gauen unseres Vaterlandes Nachrichten über die immer mehr und mehr zunehmenden **Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Grundbesitzes.**

Eine Zusammenstellung aus den Jahren 1927 bis 1931 weist folgendes erschütterndes Bild auf:

Es kamen zur Versteigerung:

1927:	2 235	Bauernhöfe mit	36 350 ha
1928:	2 290	„ „	48 860 „
1929:	3 170	„ „	90 940 „
1930:	4 345	„ „	128 720 „
1931:	4 500	„ „	135 000 „

Das sind in den letzten 5 Jahren 16 540 Bauernhöfe mit zusammen 439 370 ha! Die Zahl der zur Zwangsversteigerung gekommenen Bauernhöfe hat sich also in diesen 5 Jahren mehr als verdoppelt, die Zahl der versteigerten Fläche aber mehr als vervierfacht! Das beweist eindeutig, daß von Jahr zu Jahr größere Grundstücke unter den Hammer kamen; daß die Not der Landwirtschaft ständig wächst!

Mit dem Wehrstand zugleich hat man uns unsere Ehre genommen; vernichtet man aber weiterhin so unsern Nährstand, **dann droht uns der grimme Hunger.**